

GEFÄHRLICHE PARTNERSCHAFT

Wie die Bundesregierung unter dem Etikett der
Armutsbekämpfung die Wirtschaftsinteressen
von Agrarkonzernen fördert



IMPRESSUM

Oxfam Deutschland e. V. ist eine unabhängige Nothilfe- und Entwicklungsorganisation. Im internationalen Oxfam-Verbund setzen sich 17 Oxfam-Organisationen mit rund 3.000 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern als Teil einer globalen Bewegung für eine gerechte Welt ohne Armut ein.

HERAUSGEBER

Oxfam Deutschland, Mai 2014

V.i.S.d.P.: Marion Lieser
Oxfam Deutschland e. V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel.: +49 (0)30 45 30 69 0
E-Mail: info@oxfam.de
www.oxfam.de

AUTOR/INNEN

Marita Wiggerthale und David Hachfeld

REDAKTION

Frank Braßel und Adréana Peitsch

LAYOUT

Marischka Lutz, www.marischkalutz.de

INHALT

5 ZUSAMMENFASSUNG

8 EINFÜHRUNG

9 KOOPERATIONEN MIT AGRARKONZERNEN NEHMEN ZU

10 DIE GERMAN FOOD PARTNERSHIP

13 Mangelnde Transparenz und Beteiligung

13 Der Schwerpunkt der GFP-Projekte liegt auf dem Reisanbau

13 Gefahren werden ausgeblendet

15 DIE NEUE ALLIANZ FÜR ERNÄHRUNGSSICHERUNG DER G8

16 Gefährliche Allianz gegen die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die Umwelt

16 Politisch nicht gewollt: echte Beteiligung und Mitbestimmung von Anfang an

18 Privilegierte Landrechte für Investoren – Gefahr des Landgrabbing

20 Saatgutrechte in der Hand von Konzernen

21 Schönwetterpolitik für Agrarkonzerne: Verpflichtungen zur Verbesserung des Investitionsklimas

23 Die Neue Allianz unterläuft afrikanische Landwirtschaftsagenda

24 INDUSTRIELLE LANDWIRTSCHAFT AUF DEM VORMARSCH

25 KLEINBÄUERINNEN SÄEN ZUKUNFT: EINE ANDERE LANDWIRTSCHAFT IST MÖGLICH

31 POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

34 ANMERKUNGEN

ZUSAMMENFASSUNG

Nach Jahrzehnten der Vernachlässigung wird seit einigen Jahren wieder mehr in die Landwirtschaft investiert. Kleinbäuerinnen und -bauern selbst sind die wichtigsten Investoren, sie machen aber auch gleichzeitig die Hälfte der weltweit knapp eine Milliarde Hungernden aus. Um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen, ist es erforderlich, die von Hunger Betroffenen in den Fokus von Projekten und Politiken zu stellen, die ihre Einkommensgrundlagen verbessern. Dabei dürfen natürliche Ressourcen nicht übernutzt und Ökosystemgrenzen nicht überschritten werden.

Seit einigen Jahren setzen reiche Länder, auch Deutschland, verstärkt auf die Kooperation mit Unternehmen, denen sie eine Schlüsselfunktion in der Armuts- und Hungerbekämpfung zuschreiben. Die Förderung privater Unternehmensinvestitionen wird zur neuen Priorität in der Entwicklungszusammenarbeit erhoben. Öffentlich-private Partnerschaften (Public Private Partnerships, kurz PPPs) gibt es in vielen Variationen. Dort wo sie Kleinbäuerinnen und -bauern dienen und der Umwelt nicht schaden, können sie öffentliche Investitionen sinnvoll ergänzen. Die hier im Bericht beschriebenen Groß-PPPs German Food Partnership (GFP) und Neue Allianz für Ernährungssicherung (Neue Allianz) weisen allerdings in eine falsche und gefährliche Richtung: Kleinbäuerinnen und -bauern wird das Modell einer industriellen Landwirtschaft aufgedrückt, ohne sie ernsthaft einzubinden oder auch nur zu konsultieren. Die Kommerzialisierung von Saatgut und Land stellt eine eklatante Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen und in der Folge ihres Menschenrechts auf Nahrung dar. Mit der einseitigen Orientierung an der Steigerung der Produktivität werden die schwierigen, aber zentralen Fragen nach der Verteilungsgerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit ausgeblendet. Statt marginalisierte Gruppen prioritär zu fördern, werden sie der Marktmacht einiger der mächtigsten Konzerne der Welt ausgesetzt. Diese Entwicklung ist sehr besorgniserregend, sie lässt sich aber noch ändern. Um Hunger und Armut zu bekämpfen, muss der Schwerpunkt auf öffentlichen Investitionen liegen, die die Lebenssituation der unmittelbar Betroffenen verbessern und mit ihnen gemeinsam entwickelt werden.

DIE GERMAN FOOD PARTNERSHIP

Unter der Schirmherrschaft des Entwicklungsministeriums (BMZ) haben Mitte 2012 mehr als 30 Unternehmen und Verbände die Deutsche Initiative für Agrarwirtschaft und Ernährung (heute German Food Partnership, GFP) gegründet. Für die GFP-Projekte sollen insgesamt 80 Millionen Euro bereitgestellt werden: 20 Millionen davon werden vom BMZ, 20 Millionen von der Gates-Stiftung und 40 Millionen von der Wirtschaft in Aussicht gestellt. Das Ziel der GFP ist die Steigerung der Produktivität und der Leistungsfähigkeit der Produktionskette. Der Schwerpunkt der GFP-Projekte liegt derzeit auf dem Reisanbau. Die Projektvereinbarungen mit den Unternehmen sind bislang geheim.

Prominente Partner sind die mächtigen Chemiekonzerne Bayer, BASF, Syngenta und der Maschinenhersteller AGCO. Alle vier Konzerne verdienen ihr Geld mit der industriellen Landwirtschaft. Gemeinsam erwirtschafteten sie 2013 einen Gewinn nach Steuern von zehn Milliarden Euro. Sie treten für eine „Grüne Revolution“ ein, die auf dem massiven Einsatz von lizenzierten Hohertragssaaten, Pestiziden, synthetischen Düngemitteln und schwerer Agrartechnik beruht.

Oxfam und weitere Nichtregierungsorganisationen halten die GFP für einen grundlegend falschen Ansatz. Die GFP und ihre Projekte wurden in enger Abstimmung mit den Konzernen und privaten Stiftungen, aber ohne Beteiligung von Kleinbäuerinnen und -bauern oder ihrer Organisationen entwickelt. Menschen, die von Hunger betroffen sind, stehen nicht im Mittelpunkt. Mit ihren Aktivitäten will die GFP vielmehr marktorientierte Kleinbäuerinnen und -bauern erreichen und in Produktionsketten integrieren. Die Gefahren, die mit der starken Abhängigkeit von Konzernen und ihren Inputs wie Industriesaatgut und Pestiziden verbunden sind, werden ausgeblendet. Ebenso die ungleichen Machtverhältnisse in den Produktionsketten unseres globalen Ernährungssystems, in dem die Verhandlungsmacht bei großen Unternehmen konzentriert ist. Stattdessen hilft die Bundesregierung mit ihren Förderprogrammen Konzernen, sich neue Märkte für Saatgut und Pestizide zu

erschließen. In Kenia konnte Bayer beispielsweise dank einer „produktneutralen“ Schulung über 20 Prozent mehr Pestizide an Kleinbauern verkaufen.

DIE NEUE ALLIANZ FÜR ERNÄHRUNGSSICHERUNG

Im Mai 2012 wurde von US-Präsident Barack Obama die „Neue Allianz für Ernährungssicherung“ ins Leben gerufen, mit der binnen zehn Jahren 50 Millionen Menschen aus der Armut befreit werden sollen. Beteiligt sind die G8-Staaten, über 100 Unternehmen und bislang zehn afrikanische Staaten. In Kooperationsabkommen verpflichten sich die afrikanischen Staaten zu politischen Reformen, die vor allem darauf zielen, Rahmenbedingungen zugunsten privater, kommerzieller Investitionen in die Landwirtschaft zu verändern. Im Gegenzug stellen Geberländer finanzielle Entwicklungshilfe und Unternehmen Investitionsvorhaben in Aussicht.

Nichtregierungsorganisationen und Bauernorganisationen waren bei den Verhandlungen der Kooperationsabkommen nicht oder lediglich auf einer Ad-hoc-Basis involviert. Die Verhandlungen wurden im Geheimen und losgelöst von existierenden Strukturen zur Beteiligung der Zivilgesellschaft durchgeführt. Die politischen Reformagenda wurde sehr stark von den G8-Ländern bestimmt. Die Reformen stellen eine existenzielle Bedrohung für Kleinbäuerinnen und -bauern dar.

Sie sind dem Risiko ausgesetzt, von ihrem Land vertrieben zu werden, weil große Landflächen für Investoren, insbesondere im Rahmen von „Wachstumskorridoren“, ausgewiesen werden. Wachstumskorridore sind Landstriche, die zu Schwerpunktregionen der landwirtschaftlichen Produktion gemacht werden sollen. Beispielsweise will Tansania Investoren 350 000 Hektar für die großflächige, industrielle Landwirtschaft bereitstellen, Malawi 200 000 Hektar. Zudem nehmen neue Saatgutgesetze Bäuerinnen und Bauern das Recht, Saatgut wie bisher gewohnheitsmäßig frei auszutauschen und zu verkaufen, was in Tansania bereits Proteste der Zivilgesellschaft ausgelöst hat.

Eine wichtige Rolle bei der Neuen Allianz spielt die Verbesserung des Investitionsklimas. In mehreren Kooperationsabkommen wird ein besseres Abschneiden im

Weltbank-„Doing Business Index“ als Erfolgsindikator verwendet. Dieser Index belohnt jene Staaten, die eine besonders liberale Finanz- und Wirtschaftspolitik verfolgen und internationalen Investoren wenige Verpflichtungen auferlegen.

KLEINBÄUERINNEN SÄEN ZUKUNFT: EINE ANDERE LANDWIRTSCHAFT IST MÖGLICH

Die größte Chance, die Produktion von Nahrungsmitteln zu steigern, die Anfälligkeit gegen Krisen zu reduzieren und das Recht auf Nahrung zu gewährleisten, liegt unserer Auffassung nach darin, das enorme Potenzial der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu erschließen und ihre Funktion als Rückgrat des Ernährungssystems zu stärken. Kleinbäuerinnen und -bauern decken trotz der schwierigen Rahmenbedingungen 80 Prozent des Nahrungsmittelbedarfs in Asien und Afrika.

Bei der ökologisch und sozial nachhaltigen Neuausrichtung der Landwirtschaft, wie sie vom Weltagrarbericht gefordert wird, kommt der Agrarökologie, die in erster Linie von kleinbäuerlichen Familien praktiziert wird, eine Schlüsselrolle zu. Vielversprechende Methoden wie das System of Rice Intensification (SRI) und die Zaï-Methode zum Aufhalten von Bodenerosion in der Sahelzone haben sich in der Praxis bewährt. Die Anwendung agrarökologischer Praktiken kann die Erträge üblicherweise um 50 bis 100 Prozent steigern. Es gibt vielversprechende Ansätze und Projekte in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, doch die Kooperation zwischen der Bundesregierung und Agrarkonzernen im Rahmen der GFP und der Neuen Allianz steht der Förderung der Agrarökologie entgegen und behindert ihre Verbreitung. Sie befördert stattdessen die „Grüne Revolution“ mit dem massiven Einsatz von synthetischen Düngemitteln, Pestiziden und Industriesaatgut.

Das BMZ hat sich der Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung verschrieben, ein „Primat der Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft“ festgelegt und den „Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, vor allem von fruchtbaren Böden, von Ökosystemen und Artenvielfalt“ zum „obersten Gebot“ erklärt.¹

Um diesen Grundsätzen gerecht zu werden, sollte die Bundesregierung ihren **Ansatz für die neuen großen öffentlich-privaten Partnerschaften (PPPs) mit multinationalen Agrarkonzernen überdenken** und

- die bisherigen develoPPP.de-Projekte im Agrarbereich auf ihre soziale und ökologische Nachhaltigkeit hin evaluieren,
- die German Food Partnership beenden, da ihr entwicklungspolitischer Mehrwert nicht erkennbar ist und das industrielle Agrarmodell der Agrarkonzerne gefördert wird,
- die Neue Allianz für Ernährungssicherung entweder radikal reformieren oder sich aus ihr zurückziehen.

Die Bundesregierung sollte einen **Aktionsplan für die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft** auf den Weg bringen, der unter anderem folgende Maßnahmen enthält:

- Identifizierung von Kleinbäuerinnen und -bauern und anderen marginalisierten Gruppen, die unter Hunger leiden. Sie müssen im Mittelpunkt einer menschenrechtsbasierten landwirtschaftlichen Entwicklungsstrategie stehen;
- Beteiligung von Kleinbauern- und Frauenorganisationen vor und bei der Planung neuer Projekte und Programme im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit;
- Einrichtung eines Kleinbauernfonds;
- Förderung unabhängiger, staatlicher Agrarberatungssysteme, angepasst an die Bedürfnisse von Kleinbäuerinnen und -bauern und mit Fokus auf Agrarökologie;
- Förderung des Aufbaus von bäuerlichen Genossenschaften und von Märkten, die für Kleinbäuerinnen und -bauern funktionieren;
- die Umsetzung der „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“.

Die Bundesregierung sollte die **Transparenz bei der Verwendung von Steuergeldern** für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit verbessern und

- jährlich einen Bericht vorlegen, der ausführt, inwieweit Bauern- und Frauenorganisationen bei der Planung und Entwicklung neuer Projekte beteiligt wurden, inwieweit marginalisierte Kleinbäuerinnen und -bauern als Zielgruppe identifiziert wurden und inwieweit agrarökologische Anbauverfahren angewendet werden, um die Ernährungslage und die Bodenfruchtbarkeit zu verbessern und die Anpassung an den Klimawandel zu fördern;
- die Verträge und Vereinbarungen im Rahmen von PPPs mit Unternehmen offenlegen;
- offenlegen, welche Entwicklungsprojekte im Rahmen der Neuen Allianz finanziert werden.

Die Bundesregierung sollte ihren Einfluss zur **Änderung der politischen Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft in Entwicklungsländern** nutzen, damit sie weltweit darauf gerichtet sind,

- die Benachteiligung von Frauen und marginalisierten Gruppen zu beenden;
- die ökologische und soziale Nachhaltigkeit von Landwirtschaft sicherzustellen und Agrarökologie in der Agrarforschung und -beratung zu priorisieren;
- den Zugang von Kleinbäuerinnen und -bauern zu Land und anderen Ressourcen zu verbessern und ihre Kontrolle darüber zu stärken;
- die Agrar-, Investitions- und Handelspolitik stärker an den Bedürfnissen von Kleinbäuerinnen und -bauern zu orientieren;
- öffentliche Güter und Dienstleistungen bereitzustellen, z. B. öffentliche Lagerhaltung;
- den Einfluss von Konzernen im Welternährungssystem zu mindern und Machtkonzentrationen in Wertschöpfungsketten, z. B. durch ein starkes Kartellrecht zu verhindern.

EINFÜHRUNG

Die seit 2007/2008 wiederkehrenden Nahrungsmittelkrisen zeigen deutlich, wie anfällig das Welternährungssystem ist. Hungerproteste in mehr als 60 Ländern infolge extremer Preisanstiege von Nahrungsmitteln setzten Regierungen in Nord und Süd unter Druck, endlich zu handeln, damit sich alle Menschen ausreichend und ausgewogen ernähren können. Beim G8-Gipfel im italienischen L'Aquila verpflichteten sich reiche Staaten im Jahr 2009, mehr Geld für die Förderung der Landwirtschaft in armen Ländern bereitzustellen und damit einen langjährigen Negativtrend umzukehren: Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft war weltweit von 17 Prozent im Jahr 1980 auf völlig unzureichende drei Prozent im Jahr 2005 gefallen und ist seitdem nur leicht gestiegen. Diese jahrzehntelange enorme Vernachlässigung betrifft insbesondere Kleinbäuerinnen und -bauern, die nach wie vor die Hälfte der knapp eine Milliarde Hungernden weltweit ausmachen. Ihr Menschenrecht auf Nahrung wird verletzt.

Doch das Versprechen von L'Aquila, mehr öffentliche Mittel bereitzustellen, ist leider schnell in den Hintergrund gerückt. Stattdessen zeichnet sich in den letzten Jahren ein grundlegender Wandel ab. Reiche Länder, auch Deutschland, setzen ihren Schwerpunkt stärker auf die Kooperation mit Unternehmen als auf die Kooperation mit Kleinbauernorganisationen. Die Förderung privater Investitionen wird zur neuen Priorität in der Entwicklungszusammenarbeit erhoben.² Das Weltwirtschaftsforum hat 2011 mit der „Neuen Vision für die Landwirtschaft“³ hierfür wesentlich die Weichen gestellt. Sie beförderte 2012 unter anderem die Gründung der Investitionsplattform „Grow Africa“ und die „Neue Allianz für Ernährungssicherheit“⁴ der G8 (Neue Allianz) sowie die von Dirk Niebel ins Leben gerufene „German Food Partnership“ (GFP). Zu den Kooperationspartnern zählen mächtige Chemie- und Saatgutkonzerne wie Bayer, Monsanto und Syngenta, der Düngemittelhersteller Yara, der Getreidehändler Cargill und der Maschinenhersteller AGCO. Menschen, die unter Armut und Hunger leiden bzw. ihre Organisationen, gehören nicht dazu.

Insbesondere Afrika steht im Visier von Investoren: Sowohl die Neue Allianz als auch die GFP setzen einen Schwerpunkt auf Afrika, wo 80 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe (33 Millionen) weniger als zwei Hektar besitzen. Nur drei Prozent der Betriebe haben mehr als zehn Hektar.⁵ Eine großflächige, industrielle Landwirtschaft, wie sie z. B. in Lateinamerika vorangetrieben wurde, hätte verheerende Folgen für die rund 500 Millionen Menschen, die in Afrika von der Landwirtschaft abhängen, viele von ihnen würden ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage verlieren. Oxfams Recherchen in Lateinamerika zeigen, dass großflächige Monokulturen Kleinbäuerinnen und -bauern verdrängen.⁶

Dieser Bericht zeigt auf, wie die neuen strategischen Allianzen die industrielle Landwirtschaft befördern und welche Gefahren für die Ernährungssicherheit und die Umwelt damit verbunden sind. Er beleuchtet das Potenzial einer gezielten Förderung der nachhaltigen, kleinbäuerlichen Landwirtschaft für die Welternährung. Damit möchte er eine Debatte über effektive Entwicklungszusammenarbeit zur Hungerbekämpfung anstoßen.

KOOPERATIONEN MIT AGRARKONZERNEN NEHMEN ZU

Es gibt heute kaum Diskussionen über die Bekämpfung des Hungers, bei denen nicht von öffentlich-privaten Partnerschaften (Public Private Partnerships, kurz PPPs) die Rede ist. Kleinbäuerinnen und -bauern bräuchten Entwicklungschancen, die ihnen am besten mit PPPs eröffnet würden.⁷ Gemeint sind damit Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand und Privatunternehmen.⁸ Das Spektrum ist groß; es reicht von einmaligen finanziellen Zuschüssen für bestimmte Investitionen oder kleinen Projekten einzelner Unternehmen bis hin zu engen wirtschaftlichen und politischen Kooperationen mehrerer Staaten und Unternehmen, die über Jahre, teils Jahrzehnte angelegt sind. Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist von der Richtigkeit der Kooperation mit Unternehmen im Rahmen von PPPs voll überzeugt. Das BMZ spricht von Entwicklungspartnerschaften und beschreibt diese als „einzigartig“, „stilbildend“ und „besonders überzeugend“.⁹ Von Anderen werden Unternehmen sogar als „die besseren Entwicklungshelfer“ betitelt.¹⁰

Seit 15 Jahren setzt das BMZ über das Programm develoPPP.de Entwicklungshilfegelder ein, um „Entwicklungs“-Projekte deutscher und europäischer Unternehmen zu fördern. Nach Angaben von develoPPP.de wurden im Zeitraum 1999 bis 2012 89 Millionen Euro ausgegeben, um 190 Maßnahmen im Agrarbereich zu fördern. Hierbei handelt es sich mehrheitlich um Kooperationsprojekte mit einzelnen Unternehmen mit einem relativ begrenzten Finanzvolumen. Der Anteil der öffentlichen Hand betrug dabei gut ein Drittel, üblicherweise nicht mehr als 200.000 Euro pro Projekt.¹¹ **Bemerkenswert ist allerdings, dass die develoPPP.de-Projekte im landwirtschaftlichen Bereich nach Angaben des BMZ noch nicht einmal evaluiert wurden.**¹² Es bestand bisher offensichtlich kein Interesse, die Wirksamkeit dieser Kooperationsprojekte zu analysieren und Lehren für zukünftige PPPs daraus abzuleiten.

Einzelne Kooperationen wurden später zu größeren „Strategischen Allianzen“ ausgebaut, einige Projekte wurden auch

Beiträge der öffentlichen Hand für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft im Bereich ländliche Entwicklung/Ernährungssicherung



Erläuterungen: Die einzelnen Projekte laufen über mehrere Jahre. Für diese Darstellung wurde angenommen, dass sich der Gesamtförderbetrag gleichmäßig auf alle Projektjahre aufteilt. Dargestellt wird lediglich der öffentliche Beitrag zu den Kooperationsprojekten, die Projektvolumina sind üblicherweise mindestens doppelt so groß.

unter dieser Bezeichnung initiiert. Das Projektvolumen dieser strategischen Allianzen ist größer, es liegt bei mindestens 750.000 Euro.¹³ Bei den größten strategischen Allianzen beträgt der Anteil der öffentlichen Hand 1,5 Millionen Euro. Seit fünf Jahren ist eine Entwicklung hin zu besonders großen PPPs festzustellen, bei denen sich die öffentliche Finanzierung im Millionenbereich bewegt, und bei denen der Staat oft nicht nur mit Unternehmen, sondern auch mit privaten Stiftungen kooperiert, insbesondere mit der Bill & Melinda Gates Foundation (Gates-Stiftung).

Mit der Gründung der Deutschen Initiative für Agrarwirtschaft und Ernährung (heute German Food Partnership, GFP) im Jahr 2012 sollen diese Kooperationen weiter ausgebaut werden, geplant ist eine Serie neuer Groß-PPPs mit einem Gesamtvolumen von 80 Millionen Euro. Die ersten Projekte wurden Ende 2013 gestartet. Die Anzahl der Länder, in denen Projekte umgesetzt werden sollen, die Anzahl der beteiligten Unternehmen und die Finanzvolumina nehmen zu.

DIE GERMAN FOOD PARTNERSHIP

Unter der Schirmherrschaft des Entwicklungsministeriums haben Mitte 2012 mehr als 30 Unternehmen und Verbände die GFP als große, langfristig angelegte PPP gegründet. Für den damaligen Entwicklungsminister Dirk Niebel diente sie als Vorzeigeobjekt. Die Förderung der ländlichen Entwicklung in Entwicklungsländern sei ohne die Wirtschaft nicht möglich, verkündete er.¹⁴ Doch wem nützt die GFP wirklich? Fest steht, dass sich mithilfe der Förderprogramme des BMZ deutsche Unternehmen neue Absatzmärkte im Ausland erschließen können.¹⁵ Gleichzeitig sollen die Unternehmen ihre Risiken beim Markteintritt in Entwicklungsländer besser managen können.¹⁶ Die Praxis, auf diese Weise Entwicklungshilfegelder auch als Mittel zur Wirtschaftsförderung einzusetzen, besteht auch unter Entwicklungsminister Gerd Müller fort. Das BMZ bekräftigt gleichwohl, dass Außenwirtschaftsförderung nicht das Ziel der GFP sei.

Von strategischer Bedeutung ist bei der GFP die Kooperation mit der Gates-Stiftung. Die Gates-Stiftung ist der größte Förderer der GFP. Bei einem Runden Tisch am 29. Januar 2013 in Berlin kündigten Dirk Niebel, Bill Gates und Vertreter/innen der deutschen Agrar- und Ernährungs-wirtschaft an, gemeinsam 80 Millionen Euro für diese GFP-Projekte mit Fokus auf Afrika bereitzustellen: 20 Millionen davon wurden vom BMZ, 20 Millionen von der Gates-Stiftung

und 40 Millionen von der Wirtschaft in Aussicht gestellt.¹⁷ Dabei steht die Förderung der Produktivität im Vordergrund. Wie der Zugang zu Nahrung für vom Hunger betroffene Gruppen verbessert und mehr Verteilungsgerechtigkeit hergestellt werden kann, z. B. beim Zugang von Kleinbäuerinnen und -bauern zu Land und Wasser, ist nicht Gegenstand der GFP.

Die GFP hat sich zum Ziel gesetzt, die Produktivität und die Leistungsfähigkeit der Produktionskette dauerhaft zu steigern, indem der Zugang von Bäuerinnen und Bauern zu Düngemitteln, Pestiziden, Industriesaatgut, Märkten und Beratung erleichtert wird. Mit welchen Partnern will das BMZ dieses Ziel erreichen? Prominent in der GFP vertreten sind neben den Chemie- und Saatgutkonzernen Bayer und Syngenta auch der Chemiekonzern BASF und der Maschinenhersteller AGCO. Alle vier Konzerne verdienen ihr Geld mit der industriellen Landwirtschaft. Gemeinsam erwirtschafteten sie 2013 einen Gewinn nach Steuern von zehn Milliarden Euro.¹⁸ Sie treten für eine „Grüne Revolution“ ein, die auf dem massiven Einsatz von lizenzierten Hochertragssaaten, Pestiziden, synthetischen Düngemitteln und schwerer Agrartechnik beruht. Mit einer ökologisch nachhaltigen und unabhängigen kleinbäuerlichen Landwirtschaft hat das nichts zu tun.

ZWEIFELHAFTE PARTNER: DIE AGRARKONZERNE BAYER, BASF UND SYNGENTA

Bayer, BASF und Syngenta sind die weltweit größten Agrarchemiekonzerne. Sie beherrschen mit einem Marktanteil von 52,5 Prozent mehr als die Hälfte des globalen Marktes.¹⁹ Angesichts eines weltweiten Abbaus von konzernunabhängiger Beratung erfolgt die Pflanzenschutzberatung in vielen Regionen der Welt nur noch über die Pestizid-Händler. Einer Studie von PAN International zufolge boten die drei Agrarchemiekonzerne im Untersuchungszeitraum Juni bis Oktober 2011 viele hochgefährliche Pestizid-Wirkstoffe an: Bayer 64, Syngenta 56 und BASF 55. PAN bezeichnet Pestizid-Wirkstoffe als hochgefährlich, wenn sie die kognitive Entwicklung von Kindern oder die Fortpflanzung beeinträchtigen, Geburtsschäden verursachen, die Entstehung von Krebs fördern oder akut sehr toxisch sein können.²⁰

Bayer ist der größte Hersteller von sogenannten Neonicotinoiden, einer Klasse von Pestiziden, die im starken Verdacht stehen, mitverantwortlich für das Sterben von Bienenvölkern zu sein.²¹ Aber auch Syngenta und BASF stellen solche Pestizide her. Im Jahr 2013 verbot die EU-Kommission drei Neonicotinoide (zwei von Bayer, eines von Syngenta) sowie später das Pestizid Fipronil von BASF wegen ihrer Gefährlichkeit für Bienen zunächst für den Zeitraum

von zwei Jahren für einige Anwendungen – nicht jedoch für solche Pflanzen, bei denen Bienen keine Rolle spielen, weil diese nicht bestäubt würden (Wintergetreide, Zuckerrüben, Karotten, Zwiebeln etc.).²² Umweltorganisationen kritisierten diese Einschränkung wegen weiter bestehender möglicher Verwehungsgefahr. Bayer, BASF und Syngenta fechten das Verbot gerichtlich an.²³

Aus einer Hand: Pestizide und Saatgut

Der Agrarchemiemarkt ist eng mit dem Saatgutmarkt verknüpft. Fünf der sechs größten Agrarchemiekonzerne, darunter Bayer und Syngenta, befinden sich auch auf der Liste der zehn weltweit größten Saatgutkonzerne, die zusammen 75,3 Prozent des globalen Saatgutmarktes kontrollieren (2011; 2007 waren es noch 67 Prozent).²⁴ BASF erscheint nicht auf dieser Liste, kooperiert aber mit anderen Saatgutkonzernen. Dazu gehören die Zusammenarbeit mit Bayer bei der Entwicklung von Hybrid-Reis und seit 2010 gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit Monsanto, der Nr. 1 des weltweiten Saatgutmarktes. Neben Mais, Soja, Baumwolle und Raps wollen beide Konzerne in den nächsten Jahren auch gentechnisch veränderte Weizensorten entwickeln.

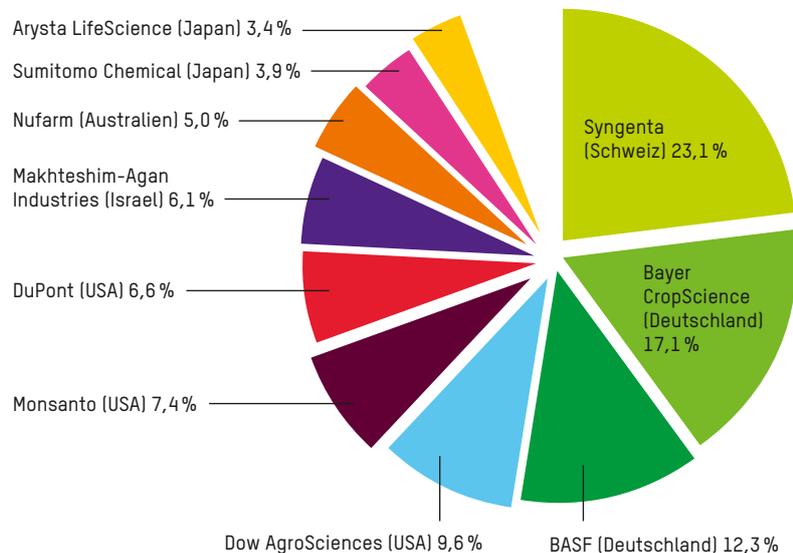
Wer das Saatgut kontrolliert, kontrolliert einen Markt, den es immer geben wird: Menschen müssen essen. Es geht um die Kontrolle der Lebensgrundlagen, der

Marktanteile der
10 umsatzstärksten
Agrarchemieunternehmen
(2011)

Gesamtmarktanteil
der Top Ten:

94,5 %

Quelle: ETC Group²⁵



FORTSETZUNG: ZWEIFELHAFTE PARTNER: DIE AGRARKONZERNE BAYER, BASF UND SYNGENTA

Saatgutmarkt ist einer der Schlüsselmärkte der Zukunft. Deshalb setzen alle großen Agrarchemie-Konzerne darauf, ihn mithilfe der Gentechnik und des Patentrechts zu besetzen. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation ETC Group haben Monsanto & Co. in den letzten 15 Jahren versucht, die Konkurrenz durch Bauern, die Teile ihres Saatguts für die erneute Aussaat zurückhalten, auszuschalten: Sei es durch Gerichtsverfahren, Monopolpatente oder die Entwicklung von sterilem Saatgut (Terminator-Technologie). Sie haben insbesondere die Märkte im globalen Süden im Visier, wo Bäuerinnen und Bauern bisher ihr Saatgut größtenteils selber vermehren bzw. es untereinander tauschen und es nicht kaufen.²⁶

Wenn es um genmanipuliertes Saatgut geht, steht Monsanto unangefochten an der Spitze. Etwa 90 Prozent aller genmanipulierten Pflanzen enthalten Patente von Monsanto.²⁷ Doch deutsche Unternehmen wollen aufschließen; bei der Anmeldung von neuen Patenten liegen sie vorne: Von den rund 2000 Patenten, die das Europäische Patentamt (EPA) in den vergangenen 20 Jahren auf transgene Pflanzen gewährt hat, besitzt Bayer 206, unter anderem auf Mais, Weizen, Reis, Gerste, Soja und Baumwolle. Der Konzern liegt damit auf Platz eins – noch vor BASF (144), Syngenta (135) und Monsanto (119).²⁸

Ein gefährlicher Mix: Gentechnik und Totalherbizide

Der Großteil der weltweit angebaute gentechnisch manipulierte Pflanzen ist herbizidresistent, d. h. Herbizide können auf die Pflanze aufgebracht werden, ohne dass die Pflanze Schaden nimmt. Aber alles andere Grün um sie herum stirbt ab. Das Gentechnik-Saatgut für die Pflanzen sowie die Spritzmittel werden meist vom selben Hersteller angeboten. So ist die gentechnisch veränderte RoundupReady-Sojabohne von Monsanto resistent gegen Glyphosat, den Wirkstoff ihres hauseigenen Breitbandherbizids Roundup.²⁹ Auch Bayer verfügt über ein solches Totalherbizid (Glufosinat) und über gentechnisch veränderte, Glufosinat-resistente Pflanzen. In der EU droht Glufosinat ab 2017 ein Verbot, da die Risiken für die menschliche Gesundheit als zu groß erachtet werden. Glufosinat-resistente Gentechnik-Pflanzen sind in der EU noch nicht zum Anbau zugelassen.³⁰

Totalherbizide wie Glyphosat sind nicht nur für die Umwelt hochproblematisch, sie gefährden auch die Gesundheit von Menschen. In Europa finden sich Glyphosatrückstände in Brötchen und Mehl. Glyphosat wurde auch im Urin von Menschen nachgewiesen. Nach Angaben des BUND gilt Glyphosat als schädlich für ungeborenes Leben, erhöht das Krebsrisiko und kann das menschliche Hormonsystem negativ beeinflussen.³¹

© Tom Pietrasik



MANGELNDE TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG

Am 5. November 2013 lancierte die GFP ihre ersten vier länderübergreifenden Projekte: zwei Reisprojekte (Asien, Afrika), ein Kartoffelprojekt (Afrika) und ein Ölsaatenprojekt (Afrika). Im Rahmen dieser Projekte fließen keine finanziellen Mittel direkt an die beteiligten Unternehmen. Stattdessen wird die staatliche Durchführungsorganisation GIZ beauftragt, Aktivitäten in Kooperation mit den Unternehmen durchzuführen. Mindestens 17 Unternehmen sollen diese Projekte in sechs afrikanischen und vier asiatischen Ländern umsetzen. Bei der Vorstellung der GFP-Projekte sicherte das Entwicklungsministerium der Zivilgesellschaft vollständige Transparenz zu. Anlässlich einer Anfrage von Oxfam am 13. November 2013, die Verträge der GFP mit den Unternehmen offenzulegen, bekräftigte das Ministerium erneut diese Bereitschaft. Bis zum Redaktionsschluss dieses Berichts am 22. April 2014 sind sie jedoch noch immer unter Verschluss. Auch sind die Informationen auf der Website zu den GFP-Projekten sehr spärlich. Von Hunger betroffene Menschen müssen im Mittelpunkt einer menschenrechtsbasierten landwirtschaftlichen Entwicklungsstrategie stehen. Doch eine Identifizierung der von Hunger betroffenen Gruppen in den GFP-Projektländern, konkrete Indikatoren und eine Darstellung der angestrebten Entwicklungsergebnisse für diese Gruppen sucht man bisher vergeblich. Es ist bezeichnend, dass die Betroffenen und ihre Organisationen nicht an der Entwicklung der Projekte beteiligt waren.

DER SCHWERPUNKT DER GFP-PROJEKTE LIEGT AUF DEM REISANBAU

Es ist kein Zufall, dass zwei der GFP-Projekte Reisprojekte sind. Bayer CropScience ist eines der weltweit führenden Saatgutunternehmen für Hybrid-Reis. Arize® ist der globale Markenname der Hybrid-Reissaat von Bayer. Hybridsamen sind hochleistungsfähige Sorten, die aus einer jährlich neuen Kreuzung von zwei verschiedenen Elternsorten entstanden sind. Auch im Bereich der Pflanzenschutzmittel für Reis nimmt Bayer eine führende Position ein. Im Dezember 2010 verkündeten Bayer und BASF eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Vermarktung von neuen Hybrid-Reissorten, deren Markteinführung bis 2020 geplant ist. Die Vereinbarung umfasst alle wichtigen Reisanbaugebiete.³² Bayer ist davon überzeugt, dass seine Hybrid-Reissorten im Laufe des 21. Jahrhunderts zu einer zweiten „Grünen Revo-

lution“ beitragen können.³³ Die Möglichkeit, im Rahmen der GFP vielen Bauern den Einsatz von Hybrid-Reis schmackhaft zu machen, ist für die Unternehmen finanziell hochattraktiv.

GEFAHREN WERDEN AUSGEBLENDET

Oxfam und weitere Nichtregierungsorganisationen kritisieren die GFP. Sie lehnen es ab, Teil dieser Partnerschaft zu werden und fordern stattdessen ihre Beendigung, weil sie die GFP für einen grundlegend falschen Ansatz halten. Die Bundesregierung bediene mit der GFP unter dem Deckmantel der Hunger- und Armutsbekämpfung einseitig die Wirtschaftsinteressen von Agrarkonzernen.³⁴

„Bei der GFP geht es nicht um Entwicklungszusammenarbeit, sondern um ihren Missbrauch für die Geschäftsinteressen deutscher Agrar- und Chemiekonzerne.“ (Forum Umwelt & Entwicklung)

Die Bundesregierung weiß um die Bedeutung von Kleinbäuerinnen und -bauern, ist aber zugleich nicht bereit oder willens, sie auch die Hauptrolle in der globalen Landwirtschaft der Zukunft spielen zu lassen. In dieser Rolle möchte sie stattdessen weiterhin das Agrobusiness sehen. Dies kommt beispielhaft im Leitfaden zur GFP zum Ausdruck: Veränderungen im großen Maßstab herbeizuführen sei nur möglich „in Zusammenarbeit mit starken Partnern – auch, und natürlich vor allem mit dem Privatsektor“.³⁵ Dieser Logik folgend wurden die GFP und ihre Programme in enger Abstimmung mit Konzernen und privaten Stiftungen, aber ohne Beteiligung von Kleinbäuerinnen und -bauern oder ihren Organisationen entwickelt.

Mit den Aktivitäten der GFP zielt die Bundesregierung weder auf Menschen, die von chronischer Unterernährung betroffen sind, noch auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen, sondern auf „marktorientierte Kleinbäuerinnen und -bauern, die nicht ausschließlich subsistenzorientiert arbeiten“.³⁶ Diese sollen in internationale, konventionelle Wertschöpfungsketten integriert werden. Gleichzeitig wird, etwa bei der Zielformulierung der GFP, ein Mythos

von Wertschöpfungsketten beschworen, bei denen alle Glieder gleichermaßen profitieren: „Landwirte, Hersteller von Agrar-Inputs, Verarbeiter, Groß- und Einzelhändler sind durch eine effiziente Wertschöpfungskette verbunden, die wirtschaftliche und soziale Vorteile für alle Beteiligten liefert.“³⁷



Angesicht der tatsächlichen Machtverhältnisse in den Produktionsketten unseres globalen Ernährungssystems ist dies eine rosige, stark ideologisch geprägte Vorstellung. Die Gefahren, die gerade für Kleinbäuerinnen und -bauern von einer stärkeren Abhängigkeit von externen Inputs wie Düngemitteln, Pestiziden und Industriesaatgut ausgehen, werden in den Programmen der GFP kaum erwähnt. So geht beispielsweise der Einsatz von Hybrid-Reis mit dem großen Nachteil einher, dass das Saatgut jedes Jahr neu eingekauft werden muss, weil sonst die Erträge sinken. Auch birgt der Anbau von Hybrid-Reis das Risiko von Ernteinbußen, denn nur bei guten Voraussetzungen werden die versprochenen Erträge erreicht. **In den Philippinen haben sich deswegen in der Vergangenheit viele kleinere Produzenten nach ein oder zwei Jahren voller Misserfolge beim Anbau von Hybrid-Reis entschlossen, dieses Saatgut nicht mehr anzuwenden.**³⁹

Nach Angaben des BMZ ist „eine produktneutrale, ökologisch und sozial nachhaltige Aus- und Fortbildung“ der beteiligten kleinbäuerlichen Betriebe ein „elementarer Bestandteil der Vorhaben“.⁴⁰ Inwiefern dies jedoch in der Praxis von Programmen realisiert wird, die nicht von neutralen Agrarberatern, sondern in enger Zusammenarbeit mit oder sogar direkt von den führenden Agrarkonzernen der Welt durchgeführt werden, muss kritisch hinterfragt werden. In der Vergangenheit stellte sich beispielsweise eine angeblich produktneutrale Schulung im sicheren Umgang mit Pestiziden im Rahmen eines develoPPP.de-Projektes mit Bayer eindeutig als Werbeveranstaltung heraus.

Werbeveranstaltung für Bayer

Auszug aus NDR-Politik-Magazin Panorama vom 30.05.2013.⁴¹

Miriam Njeri Gachie, Pestizid-Verkäuferin:
„Es war eine Werbeveranstaltung für Bayer. Es wurden uns die Bayer-Produkte vorgestellt und uns erklärt, dass Bayer eben ein Original ist und kein gefälschtes Produkt.“

[...] Insgesamt verkauft der Konzern nach eigenen Angaben durch die Aktion über 20 Prozent mehr Pestizide an Kleinbauern in Kenia. Und das, obwohl Bayer hier sehr teuer ist. Wie hilfreich das deutsche Staatsgeld dabei ist, gibt der Bayer-Verkaufsmanager in Kenia unumwunden zu.

Titus Kinoti, Verkaufsmanager Bayer, Kenia:
„Durch dieses Programm sind wir effektiver geworden. Wir können uns jetzt in einem umkämpften Markt behaupten. Wir bedienen die Bedürfnisse der Kunden und bringen sie dazu, unsere Produkte zu kaufen.“

Panorama:
„Das ist ja ein gutes Geschäft. Warum bekommt Bayer dafür Zuwendungen aus deutschen Steuergeldern?“

Titus Kinoti, Verkaufsmanager Bayer, Kenia:
„Na ja, es ist ja keine Zuwendung in dem Sinne. Wir sind Partner – wie Mann und Frau.“

DIE NEUE ALLIANZ FÜR ERNÄHRUNGSSICHERUNG DER G8

Mit den Projekten der GFP will das Entwicklungsministerium auch ein Zeichen im Rahmen seines Engagements in der weltweit umfangreichsten PPP-Kooperation setzen, der „Neuen Allianz für Ernährungssicherung“ der G8 (Neue Allianz), die im Mai 2012 von US-Präsident Barack Obama ins Leben gerufen wurde.⁴²

Mit der Gründung der Neuen Allianz zeichnet sich ein grundlegender Wandel in der Welternährungspolitik ab. Statt mit voller Kraft die notwendige Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe für die Hungerbekämpfung in enger Kooperation mit ländlichen Armutgruppen voranzutreiben, sollen nun schwerpunktmäßig die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass mehr private Investitionen von Unternehmen in die Landwirtschaft afrikanischer Länder fließen.

Die Neue Allianz ist eine langfristig angelegte internationale PPP, an der G8-Staaten und andere Geber, über 100 internationale und afrikanische Unternehmen und bisher zehn afrikanische Staaten beteiligt sind.⁴³ Dreh- und Angelpunkt der Neuen Allianz sind zehn abgeschlossene Kooperationsabkommen. In diesen verpflichten sich die afrikanischen Staaten – in der Hoffnung auf ausländische Direktinvestitionen – zu konkreten, zeitgebundenen politischen Reformen, die vor allem private Investitionen in die Landwirtschaft attraktiver machen sollen. Im Gegenzug stellen Geberländer finanzielle Entwicklungshilfe und Unternehmen Investitionsvorhaben in Aussicht.

Die Neue Allianz will innerhalb von zehn Jahren 50 Millionen Menschen aus der Armut befreien. Es bleibt jedoch völlig unklar, wie diese Zahl errechnet wurde und wie sichergestellt wird, dass dieses Ziel auch wirklich erreicht wird. Denn Menschen, die unter Armut und Hunger leiden, stehen nicht im Mittelpunkt der angestrebten Politikreformen und Investitionen; und eine Verpflichtung zur menschenrechtsbasierten Rechenschaftslegung, durch die überprüft werden kann, welchen Beitrag die Neue Allianz zur Durch-

setzung des Rechts auf Nahrung leistet, gibt es ebenso wenig.⁴⁴

Die G8-Länder vollziehen mit der Neuen Allianz den Schulterchluss mit den weltweit größten und mächtigsten Agrar- und Lebensmittelkonzernen. Viele Konzerne haben bei der Gründung der Neuen Allianz eine Erklärung abgegeben, dass sie sich verpflichten, die afrikanische Landwirtschaft durch PPPs zu unterstützen. Darunter die Chemie- und Saatgutkonzerne Bayer, Monsanto und DuPont, der Chemiekonzern BASF, der Maschinenhersteller AGCO, der Düngemittelhersteller Yara, die Getreidekonzerne ADM, Bunge und Cargill sowie PepsiCo, Unilever und Kraft Foods.⁴⁵ Bayer und BASF sind ebenso wie Kraft Foods und PepsiCo zwar Teil der Neuen Allianz, sie haben bisher aber noch keine öffentlich bekannte Absichtserklärung mit konkreten Investitionszusagen unterzeichnet.

Nichtregierungsorganisationen und Bauernorganisationen waren bei den Verhandlungen der Kooperationsabkommen nicht oder lediglich auf einer Ad-hoc-Basis involviert.

„Ich möchte Sie bitten zu erklären, wie Sie rechtfertigen, dass die Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität Afrikas durch eine internationale Kooperation außerhalb des politischen Rahmens sichergestellt werden könnte, der zusammen mit Bauern und Produzenten des Kontinents formuliert wurde.“

(Mamadou Cissokho, Präsident der westafrikanischen Bauernorganisation ROPPA in einem Brief an den Präsidenten der Afrikanischen Union)⁴⁶

Recherchen von Oxfam haben ergeben, dass die Festlegung der politischen Reformagenda sehr stark von den G8-Ländern bestimmt wurde. Sie sind folglich hauptverantwortlich dafür, dass die in den Kooperationsabkommen aufgeführten Politikreformen nicht auf die Bedürfnisse von Kleinbäuerinnen und -bauern zugeschnitten sind.⁴⁷

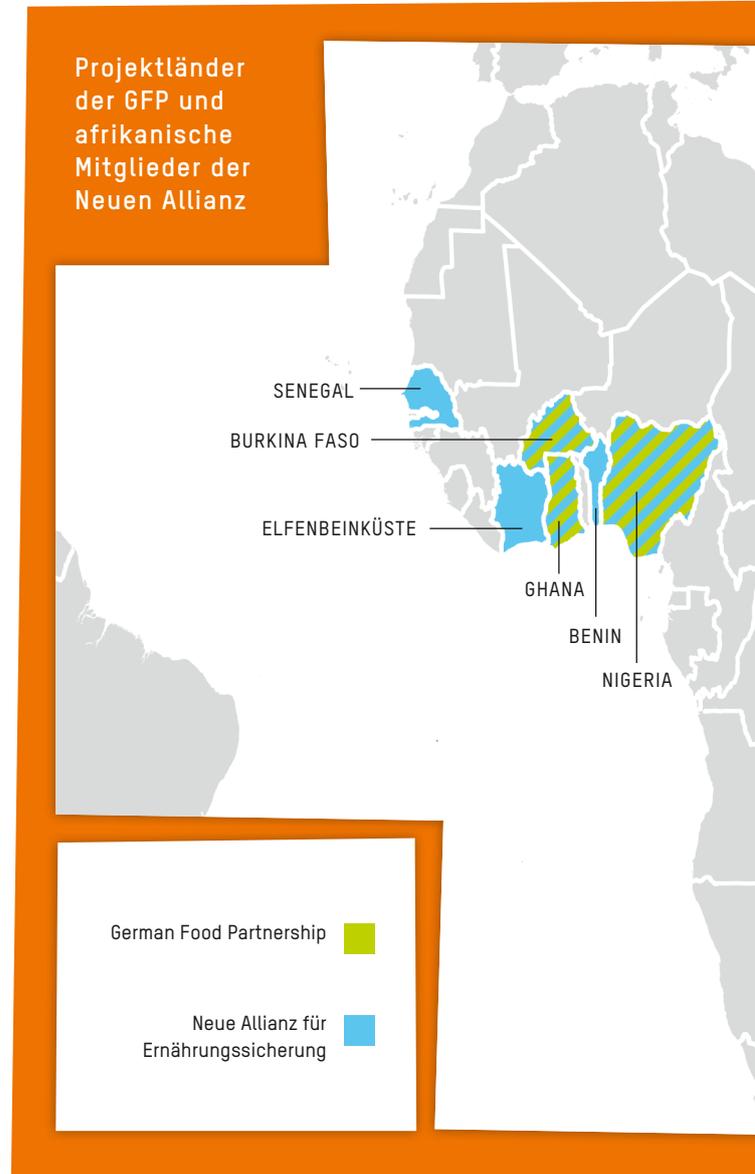
Es ist auffällig, dass fast alle Kooperationsabkommen politische Reformen beim Zugang der Unternehmen zu Land, bei Inputs wie Düngemitteln und Saatgut sowie hinsichtlich eines guten Investitionsklimas für Investoren beinhalten. Alle Kooperationsabkommen sehen eine Änderung der Landgesetze und -politik vor. Mehrere Länder wollen die Rolle von Konzernen wie Monsanto und dem weltweit größten Düngemittelhersteller Yara bei der Produktion, Vermarktung und dem Vertrieb von Saatgut und Düngemitteln ausweiten. Fast alle Kooperationsabkommen beinhalten auch eine Absenkung von Steuern und Handelsbarrieren oder die Vereinfachung von Lizenzierungsverfahren für den Start eines Unternehmens.

GEFÄHRLICHE ALLIANZ GEGEN DIE KLEINBÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT UND DIE UMWELT

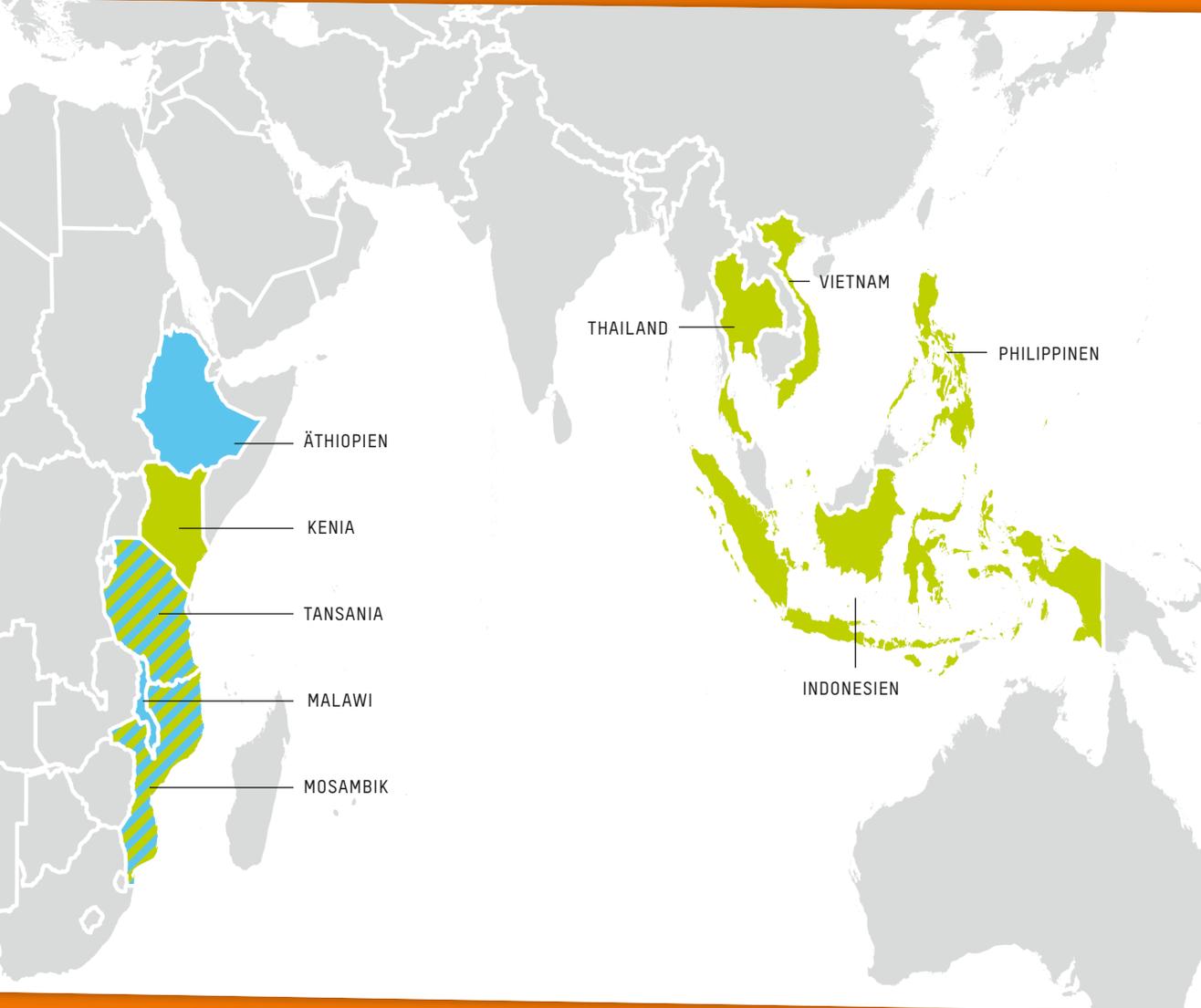
Vielfältige Beispiele, insbesondere aus Lateinamerika, belegen, dass die großflächige, industrielle Landwirtschaft Kleinbäuerinnen und -bauern verdrängt und ihre Lebensgrundlagen zerstört.⁴⁸ Globale Agrarchemie- und Biotechnologie-Konzerne stehen nicht nur dort für eine Entwicklung der Landwirtschaft, „die alles andere als nachhaltig ist“, sondern „auch dem Landgrabbing Vorschub [leistet], denn diese Landwirtschaft braucht große Flächen“.⁴⁹ Inwieweit treibt die Neue Allianz diese Entwicklung auch in Afrika voran?

Politisch nicht gewollt: echte Beteiligung und Mitbestimmung von Anfang an

Wer den Hunger wirksam bekämpfen und das Recht auf Nahrung verwirklichen will, muss zwingend diejenigen von Anfang an in die Planung einbeziehen, die unter Armut und Hunger leiden. Aber kleinbäuerliche Produzenten, Hirtenvölker, indigene Gemeinschaften, Frauen, Landlose und marginalisierte Gruppen, die sehr stark von Hunger und Mangelernährung betroffen sind, wurden von der Entwick-



lung der Kooperationsabkommen der Neuen Allianz weitgehend ausgeschlossen. Dabei ist ihre Beteiligung und Mitbestimmung von Anfang an ein wichtiges Menschenrechtsprinzip.⁵⁰ **Die Verhandlungen wurden im Geheimen hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt. Eine öffentliche Prüfung der Entwürfe und eine Debatte darüber war nicht möglich. Transparenz? Fehlanzeige!** Die Absichtserklärungen der nationalen und internationalen Unternehmen zu Investitionen wurden nicht veröffentlicht. Es liegen keine Infor-



mationen über die Entwicklungsprojekte der G8-Länder vor, für die Gelder im Rahmen der Neuen Allianz zugesagt wurden. Selbst der Fortschrittsbericht der Neuen Allianz stellt deutlichen Verbesserungsbedarf bei der Transparenz der Prozesse und Beschlüsse und bei der Einbindung der Zivilgesellschaft fest.⁵¹

Einige Monate nach Gründung der Neuen Allianz wurde ein Leitungsrat (Leadership Council) für die Neue Allianz geschaffen, um Rechenschaftslegung und Aufsicht über

die Initiative zu verbessern. Neben Regierungen und Unternehmen nehmen auch Bauern- und zivilgesellschaftliche Organisationen daran teil.⁵² Oxfam wurde eingeladen, im Leitungsrat mitzuarbeiten, und ist derzeit in dem Gremium vertreten. In den letzten 18 Monaten haben wir kontinuierlich Bedenken hinsichtlich der Neuen Allianz geäußert. Wenn es keine Richtungsänderung gibt, wird Oxfam seine Teilnahme im Leitungsrat überdenken.

Privilegierte Landrechte für Investoren – Gefahr des Landgrabblings

Mehrere afrikanische Regierungen haben sich bzw. wurden im Rahmen der Verhandlungen über Kooperationsabkommen mit der Neuen Allianz verpflichtet, Land für Investoren zur Verfügung zu stellen, ohne die Landnutzungsrechte von Kleinbäuerinnen und -bauern sowie Hirtenvölkern explizit zu schützen und ohne diesbezügliche Verpflichtungen der Investoren als Teil der Rahmenübereinkommen festzuschreiben.

- **Tansania** will Investoren Land im Wachstumskorridor SAGCOT zur Verfügung stellen, der mehr als 350 000 Hektar umfasst. Die Regierung hat zudem versprochen, eine Datenbank zu etablieren, in der verfügbares Land aufgeführt wird, das „reif“ für die Nutzung durch ausländische Investoren ist.⁵³
- **Malawi** will 200 000 Hektar für die großflächige, industrielle Landwirtschaft bereitstellen.
- **Äthiopien** will eine Servicestelle einrichten, die Investoren einen leichteren Zugang zu Land verschafft. Zudem soll das Landgesetz überarbeitet werden, um die langfristige Verpachtung von Land zu fördern.
- **Burkina Faso** will mithilfe der Neuen Allianz Investoren im Wachstumskorridor Bagré Pôle ansiedeln, der zunächst 12 712 Hektar umfasst.
- **Ghana** will eine Datenbank einrichten, die bis 2015 10 000 Hektar Land für Investoren enthält.
- **Mozambik** will vereinfachte Verfahren für die Erlangung von Landnutzungsrechten einführen. Das Land hat drei Wachstumskorridore, die über das meiste Wasser im Land verfügen: den Beira-Korridor, den Nacala-Korridor und den Zambesi-Korridor.⁵⁴

© Simon Rawles



Als Wachstumskorridore werden Landstriche bezeichnet, die zu Schwerpunktregionen der Landwirtschaft gemacht werden sollen. **Das Konzept der Wachstumskorridore sieht vor, dass große Gebiete, teils mehrere hunderttausend Hektar für die industrielle Landwirtschaft bereitgestellt werden.**⁵⁵ Der weltweit größte Düngemittelhersteller Yara hatte das Konzept erstmalig Ende 2008 bei einem Unternehmens-Treffen der Vereinten Nationen vorgestellt.⁵⁶ Das Konzept wurde daraufhin zuerst in Mosambik und dann in Tansania umgesetzt. Insbesondere in Wachstumskorridoren besteht die Gefahr, dass kleinbäuerliche Produzenten und Hirtenvölker von ihrem Land vertrieben werden, um Platz für Investoren zu machen.

Der tansanische Wachstumskorridor SAGCOT wurde als Partnerschaftsprojekt erstmals im Mai 2010 präsentiert. Er umfasst mehr als 350 000 Hektar und sieht über einen Zeitraum von 20 Jahren Investitionen in Höhe von 3,4 Milliarden US-Dollar vor. Partner sind unter anderem Monsanto, Syngenta, Unilever, DuPont, Yara, die „Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“ (AGRA), die UN-Ernährungsorganisation FAO, das Weltwirtschaftsforum, USAID und die Weltbank. Eines der Unternehmen, das Teil der Neuen Allianz in Tansania ist, hat Land erworben, das lokale Gemeinden als ihr rechtmäßiges Land ansehen. Dies führte zu einem Konflikt und schlussendlich zur Umsiedlung einiger Haushalte.⁵⁷ Weitere Landkonflikte sind zu befürchten.

Der Wachstumskorridor Bagré Pôle in Burkina Faso wurde 2012 als Pilotprojekt ins Leben gerufen. Im März 2013 hat Bagré Pôle eine Ausschreibung veröffentlicht. Investoren konnten für ein Gebiet von zunächst 12 712 Hektar ihr Interesse anmelden und ein Dossier einreichen. 737 Dossiers wurden eingereicht, darunter auch eines vom Bayer-Konzern im Rahmen der GFP. Die Bundesregierung antwortete auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion: „In den GFP-Vorhaben wird kein Land durch die beteiligten Firmen erworben.“⁵⁸ Das mag insofern stimmen, als das Land nicht erworben, sondern nur gepachtet werden kann. Am Ende wurden 226 Dossiers ausgewählt.⁵⁹ Ob das Dossier von Bayer dabei ist, ist bislang nicht bekannt.

Für nationale und internationale Investoren werden 9922 Hektar von den 12 712 Hektar, also 78 Prozent bereitgestellt.⁶⁰ Nach Angaben von Bagré Pôle sollen 3000 Menschen für die Anlage eines Bewässerungssystems temporär umgesiedelt werden.⁶¹ Sie sollen während der Erschließungsarbeiten andernorts ein Stück Land und

eine finanzielle Kompensation erhalten. Nach dem Abschluss der Arbeiten sollen die umgesiedelten Menschen nun bewässertes Land erhalten, allerdings eine kleinere Fläche als vorher. Das Management von Bagré Pôle begründet das damit, dass die Menschen künftig weniger Land bräuchten, um ähnliche Erträge wie vorher zu erwirtschaften. Das gewählte Verfahren zur Landvergabe ist für bestehende kleinbäuerliche Produzenten also mit einem erheblichen Risiko verbunden.

In Mosambik steht das gemeinsame Projekt ProSavana von Japan, Brasilien und Mosambik im Mittelpunkt, welches im Nacala-Korridor umgesetzt werden soll. Bereits im Oktober 2012 warnte die Bauernorganisation UNAC vor Enteignungen und Umsiedlung von Gemeinden:

„Wir sind extrem besorgt, dass ProSavana Millionen Hektar Land entlang des Nacala-Korridors erfordert, während die Realität vor Ort zeigt, dass solche weiten Landstriche nicht verfügbar sind und gegenwärtig von Bauern im Wanderfeldbau genutzt werden. [...] Wir verurteilen vehement jede Initiative, die die Umsiedlung von Gemeinden und die Enteignung von Kleinbäuerinnen und -bauern vorsieht, um Platz für Mega-Landwirtschaftsprojekte mit Monokulturen (Sojabohnen, Zuckerrohr, Baumwolle etc.) zu schaffen.“
(Erklärung der Bauernorganisation UNAC vom 25. Oktober 2012)⁶²

Gleichwohl wurde inzwischen von mehreren Fällen von Landkonflikten berichtet.⁶³

Die Kooperationsabkommen im Rahmen der Neuen Allianz enthalten lediglich den Hinweis, dass alle Akteure

„die Absicht haben, die ‚Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern‘ zu berücksichtigen“.⁶⁴ Der UN-Welternährungsausschuss hat diesen Leitlinien im Mai 2012 zugestimmt. Sie legen unter anderem dar, was aus menschenrechtlicher Perspektive bei der Landregistrierung, bei Landtransfers und bei der Landverwaltung zu beachten ist. Jedoch gab es bislang weder auf der internationalen noch auf der nationalen Ebene eine ausführliche Diskussion darüber, wie die Neue Allianz diese Leitlinien umzusetzen gedenkt. Obwohl viele der geplanten Reformen im Rahmen der Neuen Allianz die Zuweisung von Land für Investoren vorsehen, beinhalten die Kooperationsabkommen keine Maßnahmen, um die Freiwilligen Leitlinien konkret umzusetzen und die Landrechte von armen und marginalisierten Gruppen zu schützen und zu stärken.

Saatgutrechte in der Hand von Konzernen

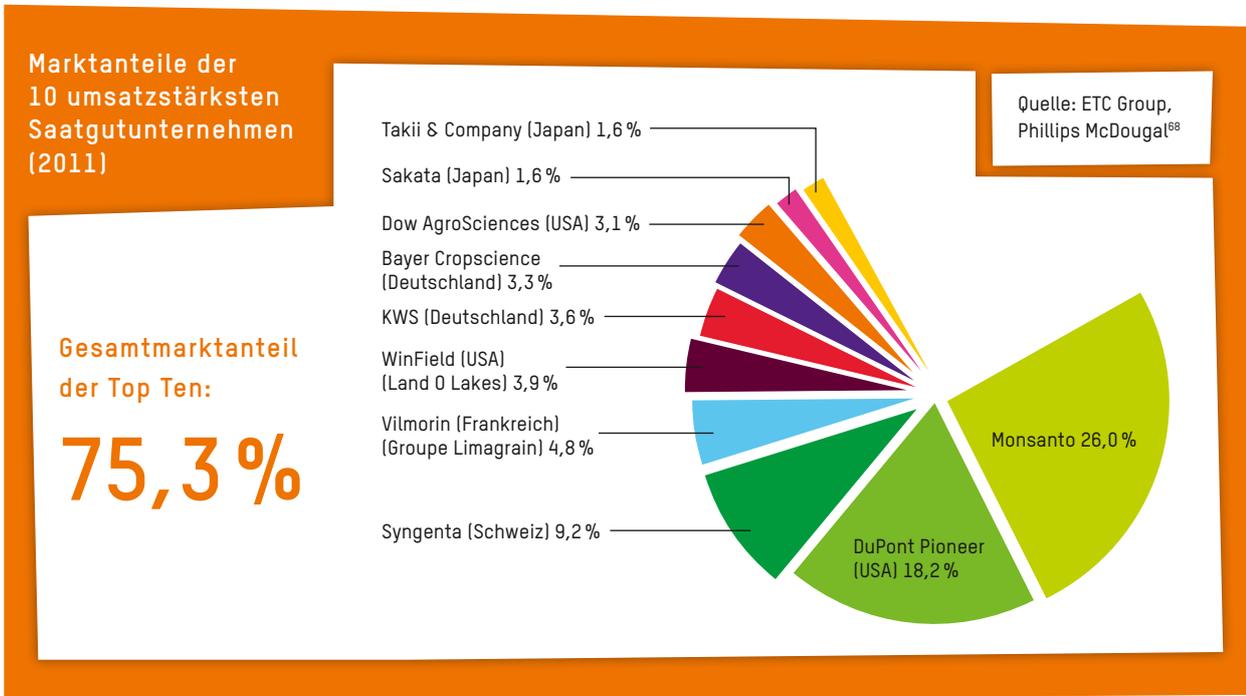
Seit 2006 gibt es verstärkt Bemühungen, in Afrika einen für Saatgutkonzerne wirtschaftlich profitablen Saatgutmarkt zu etablieren. Eine zentrale Rolle spielt dabei die „Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“, die von der Gates-Stiftung und der Rockefeller-Stiftung ins Leben gerufen wurde. Die Neue Allianz unterstützt diese Bemühungen, indem sie in mehreren afrikanischen Ländern eine Reform der Saatgutgesetzgebung gegen den freien Austausch von Saatgut unter Kleinproduzenten vorantreibt.

- **Tansania:** Stärkung der Rechte von Pflanzenzüchtern in Übereinstimmung mit dem internationalen Sortenschutzabkommen UPOV aus dem Jahr 1991.
- **Mosambik:** Überprüfung und Umsetzung der nationalen Saatgutpolitik. Beendigung der Verteilung von freiem und nicht-verbessertem Saatgut.
- **Nigeria:** Verabschiedung und Umsetzung eines Saatgutgesetzes, das die Rolle der Saatgutunternehmen in der Technologieentwicklung, der Saatgutvermehrung und der Saatgutvermarktung widerspiegelt.
- **Malawi:** Inkraftsetzung eines Sortenschutzgesetzes (Pflanzenzüchterrechte-Gesetz).
- **Elfenbeinküste:** Verabschiedung eines Saatgutgesetzes mit vereinfachten Verfahren für die Anerkennung von Saatgutsorten.
- **Ghana:** Einführung und Umsetzung einer Saatgutgesetzgebung.
- **Burkina Faso:** Überprüfung der Saatgutgesetzgebung, um die Rolle des Privatsektors bei der Auswahl von zertifiziertem Saatgut, bei der Produktion und Vermarktung klar zu definieren.
- **Äthiopien:** Identifizierung von regulatorischen und administrativen Änderungen, die den Privatsektor fördern. Anreize für den Privatsektor, Saatgut zu vermehren und zu vertreiben.

Für Saatgutkonzerne wie Monsanto, DuPont, Syngenta und Bayer sind die Saatgutmärkte in Subsahara-Afrika wirtschaftlich interessant, weil dort bislang rund 80 Prozent des Saatguts aus der eigenen Ernte der Produzent/innen stammen und von Bauern und Bauernorganisationen selbst verwaltet werden.⁶⁵ Eine wichtige Rolle spielen dabei Frauen, die in Subsahara-Afrika 90 Prozent des Saatguts produzieren, selektieren und aufbewahren.⁶⁶ In Ländern, die das Sortenschutzabkommen des Internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) aus dem Jahr 1991 ratifizieren, können Bauern ihr Saatgut nicht mehr austauschen oder verkaufen, wenn es eine geschützte Sorte ist.

Nicht umsonst hat die Zivilgesellschaft in Tansania das neue Saatgutgesetz scharf kritisiert.

„Die Bestimmungen von UPOV 1991 [...] missachten den Beitrag von Kleinbauern, drängen ihre Saatgutsorten an den Rand und wirken sich negativ auf ihre Interessen und Lebensgrundlagen aus, weil sie Bauern behindern, Saatgut und Zuchtmaterial gewohnheitsmäßig frei zu teilen, auszutauschen und zu verkaufen [...]“ [Erklärung der tansanischen Zivilgesellschaft zu den Rechten der Bauern vom 22. März 2013]⁶⁷



Die Organisationen unterstreichen die Bedeutung von bäuerlichen Saatgutssystemen, die die Produktionskosten begrenzen und zur Sortenvielfalt und zu lokal angepasstem Saatgut beitragen, dass widerstandsfähiger in Zeiten des Klimawandels und weniger anfällig für Krankheiten und Schädlinge ist. Bäuerinnen und Bauern in Entwicklungsländern sind in Gefahr, durch Patente auf Saatgut die Rechte an ihrem eigenen Saatgut zu verlieren. Diese Patente können zur Verteuerung des Anbaus und damit zur Verschärfung der weltweiten Ernährungslage beitragen. Auch der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, hat sich dafür eingesetzt, dass die traditionellen Rechte der Bauern auf Saatgutaustausch und kostenlose Wiederaussaat gesichert sein müssen und durch das Patentrecht nicht zunichte gemacht werden dürfen.⁶⁹

Schönwetterpolitik für Agrarkonzerne: Verpflichtungen zur Verbesserung des Investitionsklimas

Eine zentrale Rolle spielt bei der Neuen Allianz die Verbesserung des Investitionsklimas. **Staaten sollen Vorschriften und Verwaltungsvorgänge so gestalten, dass sie mög-**

lichst attraktive Bedingungen für Investoren bieten. Im Rahmen der Neuen Allianz haben sich einige Staaten verpflichtet, Steuern in Teilbereichen der Land- und Lebensmittelwirtschaft abzuschaffen oder zu reduzieren. So hat etwa die Regierung von Tansania versprochen, Steuern auf Saatgut und landwirtschaftliche Maschinenteile zu reduzieren, Benin und Senegal wollen insgesamt Steuererleichterungen für den Agrarsektor schaffen.

Auch die Regierung in Burkina Faso verspricht Unternehmen, die im Wachstumskorridor Bagré Pôle investieren, weitgehende Steuererleichterungen: Während der Investitionsphase sollen sie von lokalen Steuern auf Güter und Dienstleistungen sowie von der Unternehmenssteuer und von Steuern auf Einnahmen aus Kreditgeschäften befreit werden. In den ersten sieben Jahren der Betriebsphase sollen sie u. a. von Unternehmenssteuern befreit werden, in den fünf Folgejahren profitieren sie von einem verringerten Steuersatz.⁷⁰

Steuersenkungen wirken auf den ersten Blick wie ein einfach umzusetzendes Mittel zur Wirtschaftsförderung. Doch sie können einen hohen Preis haben: Steuerbegünstigungen schwächen die Steuereinkommensbasis, die in vielen Ländern bereits heute zu schmal ist, um öffentliche

Die Weltbank im Dienste von Agrarkonzernen

Es ist kein Zufall, dass viele dieser Maßnahmen zur angeblichen Verbesserung des Investitionsklimas an jene Auflagen erinnern, die vielen verschuldeten Ländern des Südens über Jahrzehnte hinweg von der Weltbank und dem IWF im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen verordnet wurden. Heute werden viele solcher Maßnahmen fortgeschrieben, sie werden im Rahmen von „Strategiepapieren zur Armutsminderung“ mit den Regierungen ausgehandelt.⁷¹

In mehreren Kooperationsabkommen der Neuen Allianz wird ein besseres Abschneiden im Weltbank-„Doing Business Index“ als Erfolgsindikator verwendet. **Dieser Index belohnt jene Staaten, die eine besonders liberale Finanz- und Wirtschaftspolitik verfolgen, internationalen Investoren wenige Verpflichtungen auferlegen und ihnen stattdessen den roten Teppich ausrollen**, etwa in Form von Erleichterungen bei Genehmigungen und Steuern, beim Investitionsschutz und bei der Möglichkeit, Land zu kaufen. Internationale Unternehmen,

aber auch öffentliche Geldgeber beziehen den Index in ihre Investitionsentscheidungen mit ein. Da er jedem Land einen Platz auf einer Rangliste zuordnet, heizt er einen internationalen Wettbewerb zum Abbau wirtschaftlicher, sozialer und umweltbezogener Auflagen an.⁷²

Obwohl der „Doing Business Index“ sogar innerhalb der Weltbank umstritten ist,⁷³ arbeitet die Bank derzeit daran, einen analogen Index speziell für die Landwirtschaft ins Leben zu rufen. Das Projekt „Benchmarking the Business of Agriculture“ (BBA) wurde 2012 von den G8-Staaten angeregt. Aktuell laufen in zehn Ländern Pilotstudien. Finanziert werden sie von der Weltbank, der Gates-Stiftung sowie von Großbritannien, den USA, Dänemark und den Niederlanden. Der BBA soll die Landwirtschaft in einzelnen Ländern analysieren und feststellen, wie gut sie für großflächige, kommerzielle Investitionen geeignet ist. Als Indikatoren sind u. a. die Deregulierung des Saatgut- und Düngemittelmarktes, die Förderung des Vertragsanbaus und die Liberalisierung des Handels mit privaten Landrechten, aber nicht die Förderung des Menschenrechts auf Nahrung vorgesehen.⁷⁴

Ausgaben oder staatliche Investitionsprogramme zu finanzieren. Auch sind Steuersenkungen nicht automatisch effektiv: So stellt etwa das Landwirtschaftsministerium Ghanas in seiner Agrarsektorstrategie fest, dass Steueranreize nicht effektiv waren, da andere Faktoren wie hohe Energiekosten oder schlechte Infrastruktur Investitionen verhindert haben.⁷⁵ Ohne eine gute Steuerbasis kann der Staat diese Probleme jedoch nicht beseitigen.

Einige investitionsfreundliche Maßnahmen begünstigen Investoren, die auf Agrarexporte statt auf die Grundnahrungsmittelproduktion für lokale Märkte setzen. So hat sich Malawi im Rahmen der Neuen Allianz verpflichtet, bei

der Ausweitung der Bewässerungsinfrastruktur vor allem den Anbau jener Pflanzen zu bevorzugen, die in der nationalen Exportstrategie enthalten sind. Um für ein besseres Investitionsklima zu sorgen, kommt bei der Neuen Allianz auch die Handelspolitik auf den Prüfstand. Tansania, Malawi und Äthiopien haben versprochen, Exportbeschränkungen oder -quoten abzuschaffen oder durch andere Maßnahmen zu ersetzen. Das hat Vorteile für jene Investoren, die vor allem auf den Export von Agrargütern setzen, nimmt der Regierung jedoch ein Instrument, um im Falle von internen Preiskrisen oder Engpässen Nahrungsmittelexporte zugunsten der einheimischen Verbraucher/innen zu beschränken.

Die Neue Allianz unterläuft afrikanische Landwirtschaftsagenda

Vor zehn Jahren haben sich die afrikanischen Staaten das Ziel gesetzt, ihr Wirtschaftswachstum durch eine Entwicklung der Landwirtschaft zu fördern. Auf diesem Wege sollen die Ernährung gesichert und die Armut reduziert werden. Das dafür ins Leben gerufene „Umfassende Landwirtschaftliche Entwicklungsprogramm für Afrika“ (engl. Comprehensive Africa Agriculture Development Programme, CAADP) stellt somit die afrikanische Landwirtschaftsagenda dar. Die Staaten verpflichteten sich, künftig mindestens zehn Prozent des Staatshaushalts in die Förderung der Landwirtschaft zu investieren.

CAADP vereint einerseits mehrere Programme zur Agrarförderung in den Bereichen nachhaltiges Land- und Wassermanagement, Marktzugang, Ernährungssicherung sowie Agrarforschung. Andererseits steht CAADP auch für ein neuartiges Politikmodell, in dem sich die Afrikanische Union, die nationalen Regierungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Wirtschaftsverbände verpflichtet haben, miteinander zu kooperieren, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen, um die CAADP-Ziele voranzubringen.⁷⁶ Neben dem kontinentalen CAADP-Programm haben die Staaten jeweils nationale Prioritäten, Umsetzungsstrategien und Investitionspläne formuliert.

Die Deutsche Bundesregierung unterstützt den CAADP-Prozess ideell und finanziell. Die deutschen Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaftsentwicklung in Afrika sollen sich an den CAADP-Prioritäten orientieren.⁷⁷

Tatsächlich gibt es jedoch einen eklatanten Mangel an Kohärenz zwischen der Neuen Allianz und CAADP. Während der Geist von CAADP die Kooperation aller Stakeholder bei der Entwicklung und Durchführung der Programme hervorhebt, steht die Neue Allianz für einen Top-down-Ansatz.

Die Abstimmungs- und Koordinationsstrukturen von CAADP wurden nicht genutzt, um die Inhalte der Neuen Allianz gemeinsam mit allen Stakeholdern zu diskutieren.⁷⁸

Die G8-Staaten haben bei der Gründung der Neuen Allianz erklärt, ihre Ausrichtung solle mit den CAADP-Prioritäten und den nationalen Investitionsplänen eines jeden Partnerlandes im Einklang stehen.⁷⁹ Ein Blick auf die CAADP-Prioritäten der zehn afrikanischen Länder, die auch Mitglied der Neuen Allianz sind, macht deutlich, dass diese wesentlich breiter aufgestellt sind als bei der Neuen Allianz. Die

Förderung von PPPs und privaten Investitionen taucht darin häufig auf, jedoch stets eingebettet in eine umfassendere Strategie. Diese beinhaltet z. B. den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, soziale Aspekte wie die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und die Einkommenssteigerung der Bevölkerung im ländlichen Raum.

Statt diese Vorgaben gleichermaßen in den Blick zu nehmen, greifen sich die G8-Staaten mit der Neuen Allianz besonders den Teilaspekt der privaten Investitionen heraus und verleihen ihm damit mehr Gewicht. Besonders gut lässt sich dies an den Unternehmenszusagen ablesen, die sich fast ausschließlich auf die Steigerung der Agrarproduktion und den verstärkten Einsatz von chemischen Düngemitteln und kommerziellem Saatgut beziehen. Ferner ist im Rahmen der Neuen Allianz eine Konzentration der geplanten Investitionen auf bestimmte Wachstumsregionen innerhalb eines Landes festzustellen. So steht etwa in Tansania der SAGCOT-Korridor im Mittelpunkt,⁸⁰ in Burkina Faso der Wachstumskorridor Bagré Pôle.⁸¹ Es ist zu befürchten, dass großflächige Investitionen und eine verstärkte Kommerzialisierung der Landwirtschaft gefördert werden, während die sozialen, ökologischen und nicht kommerziellen CAADP-Verpflichtungen unter den Tisch fallen. Angesichts der zunehmenden Ungleichheit in der weltwirtschaftlichen Entwicklung⁸² bleibt unklar, warum die Bundesregierung von ihrer einseitigen Orientierung auf das Agrobusiness einen wirksamen Beitrag zur Hungerbekämpfung erwartet.

INDUSTRIELLE LANDWIRTSCHAFT AUF DEM VORMARSCH

Die Neue Allianz und die GFP treiben die Expansion der industriellen Landwirtschaft voran. Diese wird von ihren Befürwortern als „modern“ bezeichnet, obwohl sie nicht nachhaltig und nicht an den Klimawandel angepasst ist. Sie setzen auf „technologische Lösungen“, d. h. Düngemittel, Pestizide und lizenziertes Industriesaatgut. Liam Condon, Chef von Bayer CropScience, verwies bei einem Treffen der GFP mit Bill Gates auf „den enormen Beitrag“, den große landwirtschaftliche Betriebe mit 200 000 Hektar Land für die Verbesserung der Ernährungssicherung leisten.⁸³ Es ist offensichtlich, dass solche Betriebe für Agrarkonzerne wie Bayer und BASF und den Maschinenhersteller AGCO wirtschaftlich sehr interessant sind. Das machten Bayer und AGCO bei der Vorstellung der GFP-Projekte im November 2013 auch ganz deutlich: Eine „Grüne Revolution“ sei mit Kleinbauern nicht zu machen.⁸⁴

Die Produktivitätssteigerungen im Rahmen der ersten Welle der „Grünen Revolution“ in den 1970er-Jahren sind im Wesentlichen auf Weizen-, Reis- und Maissorten mit höherem Ertragspotenzial, Bewässerung, synthetische Mineraldünger, Pestizide und Maschinen zurückzuführen. Diese Landwirtschaft geht aber zulasten der Umwelt und ist somit nicht nachhaltig. Sie ist energieintensiv und reduziert die biologische Vielfalt.⁸⁵ Auch wenn das Wort Nachhaltigkeit inzwischen jede Landwirtschaftsstrategie durchzieht und Vertreter von Agrarkonzernen wie Liam Condon von Bayer gerne von einer „GrüneREN“ Revolution sprechen, bleiben die Modelle weitestgehend unverändert und ihre Probleme bestehen fort.

Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass in vielen kleinbäuerlich geprägten Regionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas die durch Mineraldünger erzielbaren Mehrerträge gering sind. Dies ist vor allem für Subsahara-Afrika gut dokumentiert: Der Grund dafür ist die oftmals geringe Fruchtbarkeit von Böden, die jahrzehntelang übernutzt,

ausgelaugt, versauert oder der Erosion preisgegeben wurden. Gleichzeitig sind die Kosten für Dünger sehr hoch. Dies trifft insbesondere für abgelegene Regionen zu. Mineraldünger ist demzufolge für viele Betriebe in Entwicklungsländern ein sehr teures und kaum rentables Produktionsmittel.⁸⁶ Das Vorantreiben einer „Grünen Revolution“ birgt nicht nur Umweltrisiken, sondern bringt auch erhebliche wirtschaftliche Risiken für kleinbäuerliche Produzenten mit sich.

Die Begeisterung der Bundesregierung und der Regierungen anderer reicher Länder für Partnerschaften mit Agrarkonzernen ist keine gute Nachricht für Millionen von Kleinbäuerinnen und -bauern. Sollten sich die Konzernträume einer neuen „Grünen Revolution“ in Afrika verwirklichen und Initiativen wie die Neue Allianz und die GFP weiter an Fahrt gewinnen, dürften viele von ihnen zu den Verlierern gehören. Denn in der industriellen Landwirtschaft ist für sie allenfalls eine Nebenrolle vorgesehen, etwa als abhängige Landwirte im Vertragsanbau oder als Landarbeiter/innen in Großbetrieben. Diese sind dann der zunehmenden Marktmacht der Agrarkonzerne ausgesetzt. Bestehende Machtungleichgewichte werden so verstärkt.

Für den Großteil der rund 500 Millionen Afrikaner/innen, die heute von der Landwirtschaft leben, sowie für ihre Nachkommen dürfte eine solche Landwirtschaft keine Zukunftsperspektive mehr bieten. **Besonders bedroht sind Frauen, denn es sind vor allem Kleinbäuerinnen, die in der Nahrungsmittelproduktion in Afrika tätig sind, gleichzeitig haben sie aufgrund von Diskriminierung und sozialer Benachteiligung schlechtere Ausgangsbedingungen.**⁸⁷

KLEINBÄUERINNEN SÄEN ZUKUNFT: EINE ANDERE LANDWIRTSCHAFT IST MÖGLICH

Die größte Chance, die Produktion von Nahrungsmitteln zu steigern, die Ernährungssicherheit zu verbessern und die Anfälligkeit gegen Krisen zu reduzieren, liegt darin, das enorme Potenzial der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu erschließen und ihre Funktion als Rückgrat des Ernährungssystems zu stärken. Kleinbäuerinnen und -bauern decken trotz der schwierigen Rahmenbedingungen 80 Prozent des Nahrungsmittelbedarfs in Asien und Afrika.⁸⁸ Sie tragen zum Lebensunterhalt von 2,5 Milliarden Menschen

bei. In Afrika sind es hauptsächlich Frauen, die die Landwirtschaft betreiben; in Sambia beträgt ihr Anteil beispielsweise 65 Prozent, in Uganda 55 Prozent. Sie spielen auch eine bedeutende Rolle bei der Weiterverarbeitung von Nahrungsmitteln: In Nigeria sind sie für 60 Prozent der Verarbeitung verantwortlich, in Ruanda für 65 und in Uganda gar für 98 Prozent. **An Frauen geht in der Landwirtschaft in Afrika kein Weg vorbei.**⁸⁹

© Tom Pietrasik



In der politischen Debatte über die Sicherung der Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung ist von Regierungen und Agrarkonzernen häufig zu hören, dass es technisches Know-how, eine höhere Produktivität und eine leistungsfähige und effiziente Landwirtschaft brauche. Doch sind große Flächeneinheiten, konventioneller Agrarchemie- und Agrartechnikeneinsatz und Hybrid- oder gentechnisch verändertes Saatgut tatsächlich gleichzusetzen mit Leistungsfähigkeit und Modernität? Wohl kaum. Das ergibt der Weltagrарbericht,⁹⁰ der die wohl umfassendste Bestandsaufnahme der globalen Landwirtschaft und der Agrarforschung darstellt.

Die Botschaft des Weltagrарberichts, an dem mehr als 400 Wissenschaftler/innen im Auftrag der Weltbank und der Vereinten Nationen vier Jahre intensiv gearbeitet haben, fällt eindeutig aus: **„Weiter so! ist keine vernünftige Option, wenn wir ökologische Nachhaltigkeit anstreben.“**⁹¹ Angesichts der begrenzten Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen und ihrer bereits fortgeschrittenen Übernutzung ist eine nachhaltige Neuausrichtung der Landwirtschaft unabdingbar.⁹² Der Weltagrарbericht ist ein klares Plädoyer dafür, die Agrarpolitik und -forschung in erster Linie auf diejenigen auszurichten, die bisher am wenigsten profitiert haben: die mittellosen und armen Bäuerinnen und Bauern.⁹³

Das größte Potenzial sieht der Bericht in den kleinteiligen und vielfältigen Produktionssystemen der Entwicklungsländer: „Dieser kleinbäuerliche Sektor ist hoch dynamisch und reagiert schnell auf veränderte natürliche und sozio-ökonomische Rahmenbedingungen. [...] Investitionen in kleinteilige, vielfältige Landwirtschaft haben das Potenzial, Armut zu bekämpfen und Gerechtigkeit zu schaffen [...], die Ernährung zu verbessern [...] und Biodiversität zu erhalten.“⁹⁴ Damit sind kleinbäuerliche Betriebe auch besser aufgestellt, wenn es um die nachhaltige Anpassung an die Folgen des Klimawandels geht. Und auch mit dem Mythos, die industrielle Landwirtschaft erziele höhere Erträge, räumt der Bericht auf: „Obwohl die Produktivität pro Flächen- und Energieeinheit in kleinen, diversifizierten Bauernhöfen viel höher ist als in intensiven Bewirtschaftungssystemen in bewässerten Gebieten, werden sie weiterhin von der offiziellen Agrarforschung vernachlässigt.“⁹⁵

Weltbank-Analysten teilen diese Ansicht: **„In aller Welt haben sich Familienbauernhöfe als wirtschaftlich effizienter erwiesen als Plantagen [...]** Die kleinbäuerliche Produktion hat darüber hinaus einen massiven Beschäftigungseffekt, den es nicht in der großflächigen, mechanisierten Landwirtschaft gibt. Dieser Beschäftigungseffekt ist überaus wichtig für die Überwindung der Armut“. Denjenigen, die die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft als naive „Kleinbauern-Romantisierung“ abtun und stattdessen Skaleneffekte als Grundlage für Wachstum und Fortschritt propagieren, entgegnen Weltbank-Analysten: „Dies ist ein Mythos, der wenig in der Realität begründet ist.“ Zahlreiche Veröffentlichungen demonstrierten, dass es keine Skaleneffekte in der landwirtschaftlichen Produktion gebe.⁹⁷

Für die bäuerliche Landwirtschaft sei eine gerechte Verteilung von Land von existenzieller Bedeutung. **Aus Sicht einer Weltbank-Forschungsgruppe gibt es einen „zunehmenden Konsens zwischen Fachleuten der ländlichen Entwicklung und Ökonomen über die Wichtigkeit der Umverteilung des Landes.“** Dies treffe insbesondere dort zu, „wo die Ungleichheit und die Landlosigkeit weit verbreitet sind“.⁹⁸ Der Zugang von Kleinbäuerinnen und -bauern zu Land ist ein zentraler Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft.

Erfreulicherweise gibt es eine wachsende Bewegung weltweit, die für eine ökologisch und sozial nachhaltige Neuausrichtung der Landwirtschaft, wie sie vom Weltagrарbericht gefordert wird, eintritt. Eine Schlüsselfunktion kommt hierbei der Agrarökologie zu.

Investitionen in die Verbreitung von agrarökologischen Methoden zahlen sich aus. So zeigt eine Vergleichsstudie in Mali, dass die Schulung von Kleinbäuerinnen und -bauern in alternativen Methoden der Schädlingsbekämpfung dreimal kosteneffizienter ist als der Einsatz von synthetischen Pestiziden: Im Studienzeitraum sank der Pestizidverbrauch in der Region Bla um 92,5 Prozent. Die 4 324 kleinbäuerlichen Baumwollbetriebe sparten 47 000 Liter Pestizide mit einem Gegenwert von rund 340.000 Euro ein. Die Ernten waren mit denen der Kontrollgruppe ohne Schulung vergleichbar, deren Pestizidverbrauch konstant geblieben ist.⁹⁹

Eine Vielzahl von Studien kommt zu dem Ergebnis, dass die Anwendung agrarökologischer Praktiken die Produktivität erhöhen kann: Die zu erzielenden Erträge pro Flächeneinheit lassen sich üblicherweise um 50 bis 100 Prozent stei-

Was ist Agrarökologie?⁹⁶

Agrarökologie ist die Wissenschaft von der „nachhaltigen Landwirtschaft“. Sie bringt Wissen und Praktiken hervor, mit denen die Landwirtschaft nachhaltiger gemacht werden kann. Sie basiert auf einer Neuentdeckung von traditionellen, bäuerlichen Anbausystemen, ihres Erfahrungsschatzes und ihrer Vielfalt von Agrarsystemen, die an unterschiedliche Umgebungen angepasst sind. Im Mittelpunkt steht dabei ein holistischer Ansatz, der gleichermaßen die Erfordernisse des Betriebs, der Gemeinden und der Ökosysteme berücksichtigt, um lokale Bedürfnisse zu befriedigen. Die Gestalt von Agrarökologie ist immer kontextspezifisch. Der Ansatz umfasst u. a.:

- die Förderung eines Biomasse- und Nährstoff-Kreislaufs,
- den Erhalt und die Verbesserung von Bodenqualität z. B. durch bodendeckende Pflanzen und einen hohen Anteil von organischer Substanz im Boden,
- die Minderung von Verlusten durch Sonneneinstrahlung, Wind und Wasser,
- den Erhalt bzw. die Förderung der Biodiversität,
- die Förderung von biologischen Prozessen, d. h. die Minimierung von Inputs (chemische Düngemittel, Pestizide, fossile Energie etc.).

gern.¹⁰⁰ Olivier de Schutter, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, stellt fest, dass Agrarökologie als landwirtschaftliches Entwicklungsmodell in vielen Ländern und Umfeldern erheblich dazu beitrage, das Recht auf Nahrung zu verwirklichen.¹⁰¹ Ihm zufolge könnten insbesondere Kleinbäuerinnen von der Förderung von Agrarökologie profitieren; er warnt jedoch auch davor, eine solche positive Wirkung als Automatismus zu betrachten und betont, dass es aktive Förderungsmaßnahmen brauche, die speziell Frauen erreichen.¹⁰²

Vieles spricht also für Agrarökologie und die nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaft: Sie erzielen gute Ernten und liefern vielfältige, nährstoffreiche und schadstoffarme Nahrung. Sie schaffen Arbeit und Einkommen für Millionen Familien und reduzieren die Abhängigkeit von Bäuerinnen und Bauern von teuren externen Inputs. Sie sind äußerst anpassungsfähig, erhalten die Bodenfruchtbarkeit und die Biodiversität, bewahren natürliche Ressourcen, sind widerstandsfähiger in Zeiten des Klimawandels und erfüllen weitere wichtige Ökosystemleistungen wie z. B. Landschaftspflege.

Gleichwohl wird von Geberländern und Agrarkonzernen in erster Linie der Ansatz einer „irgendwie weniger umweltschädlichen“ industriellen Landwirtschaft (nachhaltige Intensivierung; meistens mit dem Slogan „mehr mit weniger“) vertreten.¹⁰³ Doch warum sind agrarökologische Anbauverfahren nicht stärker verbreitet, wenn sie so viele Vorteile bringen? Olivier de Schutter führt dafür sieben Gründe an:¹⁰⁴

1. Kleinbäuerliche Produzenten, die diese Methoden hauptsächlich anwenden und davon profitieren, werden in politischen Entscheidungen nicht berücksichtigt.
2. Die heute vorherrschenden Agrar- und Handelspolitiken fördern fast nie agrarökologische Anbauverfahren.
3. Der Einsatz agrarökologischer Anbauverfahren wird durch fehlende sichere Landnutzungsrechte von Kleinbäuerinnen und -bauern behindert.
4. Der stark verbreitete Glaube, dass eine Grüne Revolution, ergänzt durch eine gentechnische Revolution, das Hungerproblem mit technologischen Ansätzen löst, erschwert die Umsetzung des umfassenderen Ansatzes der Agrarökologie.

5. Agrarökologie wurde fälschlicherweise als rückständig und nicht vereinbar mit einer Mechanisierung in der Landwirtschaft charakterisiert.
6. Die Nichtberücksichtigung externer Kosten (z. B. die verursachten Umweltschäden) bei der Preisbildung hat die industrielle Landwirtschaft trotz ihrer hohen gesellschaftlichen Umwelt- und sozialen Kosten begünstigt.
7. Organisationen, die ein starkes wirtschaftliches Eigeninteresse mit dem Status Quo verbinden, haben die Vorteile der Agrarökologie ignoriert bzw. abgewehrt.

Die Auflistung verdeutlicht, wie sehr die Kooperation zwischen Bundesregierung und Agrarkonzernen im Rahmen der GFP und der Neuen Allianz der Förderung der Agrarökologie entgegensteht und ihre Verbreitung behindert. Derzeit sind die GFP und die Neue Allianz klar auf die industrielle Landwirtschaft ausgerichtet. Für die Überwindung von Armut und Hunger ist aus der Erfahrung von Oxfam und der Analyse vieler Fachleute eine sehr viel stärkere Konzentration und aktive Einbeziehung des kleinbäuerlichen Sektors und seiner Organisationen notwendig. Die GFP und die Neue Allianz erscheinen uns von daher als verfehlte Ansätze.

Der Erfolg von Landwirtschaft wird heute fast ausschließlich an den betriebswirtschaftlichen Ergebnissen festgemacht. Die volkswirtschaftlichen Kosten der konventionellen, großflächigen Landwirtschaft werden hingegen kaum berücksichtigt und auf die Allgemeinheit abgewälzt (z. B. Übernutzung und Verschmutzung von Wasser, Biodiversitätsverluste, Treibhausgasemissionen, langfristige Abnahme der Bodenqualität, Gesundheitsschäden, Verdrängung kleinbäuerlicher Produktion, Arbeitsplatz- und Einkommensverluste sowie Hunger). Landwirte, die hingegen ökologisch und sozial nachhaltiger produzieren, werden für die von ihnen erbrachten ökologischen und gesellschaftlichen Leistungen nicht oder nur geringfügig entlohnt und zu wenig gefördert.

Es gibt Nischen, in denen nachhaltig produzierende Landwirte dennoch bessere Einnahmen erzielen können (z. B. Fairer Handel). Doch wenn tatsächlich eine grundlegende Transformation hin zu einer zukunftsfähigen, sozial und ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft erfolgen soll, die Hunger und Armut mindert, dann reicht es nicht aus, Nischen zu schaffen und auszubauen:

Die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen müssen verändert werden, damit faire Voraussetzungen für alle herrschen. Und die Erfolge der Landwirtschaft müssen am gesellschaftlichen und ökologischen Nutzen und weniger an der betriebswirtschaftlichen Bilanz festgemacht werden. IFAD, der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung der Vereinten Nationen, stellt zu Recht fest: „Unter den richtigen Bedingungen können Kleinbäuerinnen und -bauern an der Spitze der Transformation der globalen Landwirtschaft stehen.“¹⁰⁵ **Die kleinbäuerliche Landwirtschaft ist kein Problem, sondern Teil der Lösung.**

Oxfam sieht grundsätzlich Raum für öffentlich-private Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit, auch im ländlichen Raum. Jedoch müssen diese, ebenso wie andere Entwicklungsinstrumente, einem menschenrechtsbasierten Ansatz folgen und von Armut und Hunger betroffene Menschen beteiligen. Und es sollte klar definierte Kriterien geben, anhand derer die Unternehmen ausgewählt werden. So kann beispielsweise durch ein PPP mit einem lokalen Unternehmen die lokale Verarbeitung von Nahrungsmitteln verbessert werden. Um Hunger und Armut zu bekämpfen, muss der Schwerpunkt jedoch auf öffentlichen Investitionen liegen, die die Lebenssituation der unmittelbar Betroffenen verbessern.

BEISPIELE: AGRARÖKOLOGIE IN DER PRAXIS

Bodenerosion aufhalten mit Zaï in der Sahelzone

Die Sahelzone ist von Klimaveränderungen und Dürreperioden besonders hart betroffen. Um angesichts knappen Wassers und karger Böden die vorhandenen Naturressourcen bestmöglich zu nutzen, bietet sich mit Zaï¹⁰⁶ ein agroökologisches Verfahren an. Um Pflanzen optimal mit Nährstoffen und Düngemitteln zu versorgen und um Oberflächenerosion zu verhindern, werden dafür üblicherweise Pflanzlöcher, eine Handbreit tief und rund 20 cm breit, in den harten Boden gegraben. Der Aushub wird genutzt, um in Abflussrichtung des Wassers einen Mini-Damm anzulegen. In die Löcher wird organischer Kompost oder Dünger gegeben. Oft wird Zaï in Kombination mit anderen agrarökologischen Verfahren (Steinreihen, Feldwaldbau) angewandt. Studien zeigen, dass Zaï die Ernteerträge mehr als verdoppeln kann. Ferner verbessert sich die Nährstoffzusammensetzung im Boden. Schätzungen zufolge wird Zaï allein im Nordwesten von Burkina Faso auf 30 000 bis 60 000 Hektar angewandt. Die Methode ist auch in anderen Ländern der Sahelzone populär.¹⁰⁷

© Association Aidons l'Afrique Ensemble



Nachhaltiger Reisanbau mit SRI in Vietnam

Das System of Rice Intensification (SRI) ist ein agroökologisches Anbauverfahren für Reis. SRI zielt darauf, die Produktivität des Reisanbaus nicht wie in der konventionellen Praxis durch mehr Inputs, sondern durch eine bessere Pflanztechnik zu erhöhen. SRI ist flexibel, es wird von Bäuerinnen und Bauern getestet und je nach lokalem Kontext angepasst und weiterentwickelt. In der Regel werden Reissetzlinge früher als üblich umgepflanzt, die Versetzung erfolgt einzeln und nicht in Bündeln. Die Setzlinge werden mit größerem Abstand voneinander und in Reihen statt zufällig eingepflanzt, und die Felder werden feucht, aber nicht überflutet gehalten.¹⁰⁸ In Vietnam wenden inzwischen mehr als eine Million Kleinbäuerinnen und -bauern das Verfahren an, die Resultate sind beeindruckend. Studien zeigen: SRI steigert die Ernten um durchschnittlich 47 Prozent, benötigt 80 bis 90 Prozent weniger Saatgut, 20 bis 50 Prozent weniger Wasser und weniger Stickstoffdünger. Die Kosten sind dadurch um durchschnittlich 23 Prozent niedriger, die Einkommen um durchschnittlich 68 Prozent höher.¹⁰⁹ SRI verbreitet sich rasch und wird heute von vielen kleinbäuerlichen Betrieben in Asien und Afrika angewandt.



© Simon Rawles

INDUSTRIELLE ODER KLEINBÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN?

Übersicht über politische Handlungsoptionen

	Faktoren, die industrielle Landwirtschaft fördern	Faktoren, die nachhaltige, kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern und Frauen und marginalisierte Gruppen stärken
Landwirtschaftliche Entwicklungsstrategie	<p>Förderung privater Großinvestoren</p> <p>Fokus auf kurzfristiger Steigerung der Produktivität und Profitabilität der Landwirtschaft</p> <p>Förderung der Produktion von Agrargütern, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind</p>	<p>Förderung von kleinbäuerlichen Betrieben, deren Organisationen, Produktions- und Vermarktungsgruppen</p> <p>Fokus auf Steigerung der Nachhaltigkeit und Resilienz der Landwirtschaft</p> <p>Förderung der Produktion prioritär für die Versorgung der einheimischen Bevölkerung</p> <p>Einbeziehung von Frauen und marginalisierten Gruppen in ländliche Entwicklungsstrategien</p>
Entscheidungsprozesse in der Landwirtschaftspolitik	<p>Top-down-Entscheidungen hinter verschlossenen Türen</p> <p>Besonderer Zugang von Vertretern des Agrobusiness zu Entscheidungsträgern</p>	<p>Partizipative, transparente Entscheidungsfindung</p> <p>Einbeziehung von Kleinbauern-, Landlosen-, Frauen- und Produzentenorganisationen und der Zivilgesellschaft bei Problemanalyse, Konzeption, Planung und Umsetzung von Politiken und Projekten</p>
Investitionspolitik	<p>Keine oder geringe soziale und ökologische Vorabprüfung von Investitionsvorhaben</p> <p>Keine oder unverbindliche Investitionsauflagen und Verhaltenskodizes</p>	<p>Vorabprüfung von Investitionsvorhaben in Bezug auf ihre Auswirkungen auf kleinbäuerliche Betriebe, andere Armutgruppen, Frauen, Gemeindeflächen, Wasserressourcen etc.</p> <p>Auflagen und/oder Anreize zur Integration von kleinbäuerlichen Produktions- und Vermarktungsgruppen in Wertschöpfungsketten</p> <p>Aktive Fördermaßnahmen für Frauen und marginalisierte Gruppen</p>
Infrastruktur	<p>Fokus auf Transportwegen von Land zu Stadt und (Flug-)Häfen</p> <p>Ausbau der Bewässerungsinfrastruktur orientiert an den Interessen des Agrobusiness</p>	<p>Fokus auf lokaler und regionaler Infrastruktur, um die Marktanbindung von Kleinbäuerinnen und -bauern in abgelegenen Gebieten zu verbessern, öffentliche Lagerhaltung</p> <p>Fokus auf öffentlicher Infrastruktur, die Frauen entlastet und die lokale Gemeinde fördert, z.B. Wasserversorgung, Betreuung, Bildung, Kommunikation, Gesundheit und Pflege</p> <p>Angepasste Bewässerungstechniken für Kleinbauern und Verbesserung der Wasserhaltefähigkeit von Böden im Regenfeldbau</p>
Beratung, Wissen und Information	<p>Primat der kommerziellen Verwertung von Wissen und Informationen</p> <p>Privatisierte Agrarberatung</p> <p>Fokus auf Technologie und Inputs</p>	<p>Primat des freien Teilens von Wissen und Erfahrungen</p> <p>Förderung öffentlicher Agrarberatung in lokaler Sprache, von Bäuerin- zu-Bäuerin-Beratung und Beratung durch Verbände und Genossenschaften, insbesondere auch von und für Frauen</p> <p>Fokus auf Agrarökologie</p> <p>Schutz, Weiterverbreitung und Weiterentwicklung traditionellen Wissens</p>
Landrechte und Kontrolle über natürliche Ressourcen	<p>Fokus auf der wirtschaftlichen Verwertung und Ausbeutung von natürlichen Ressourcen</p> <p>Primat privater Eigentums- und Ausbeutungsrechte</p> <p>Bevorzugung von kommerziellen Großbetrieben bei Vergabe von Eigentums- und Nutzungsrechten</p>	<p>Fokus auf Erhalt und nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen (z. B. Boden und Wasser)</p> <p>Schutz von öffentlichen, indigenen und kollektiven Nutzungsrechten (z. B. Allmenden)</p> <p>Bevorzugung von kleinbäuerlichen Betrieben, z. B. im Rahmen von Landreformen</p> <p>Analyse, Ausbau und Stärkung der Land- und Wasserrechte von marginalisierten ländlichen Armutgruppen, bspw. durch Landreform, Rechtsschutz</p> <p>Förderung der gesonderten Landtitelvergabe an Frauen und marginalisierte Gruppen</p> <p>Umsetzung der Freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern</p>
Umgang mit Saatgut	<p>Förderung von kommerziellen Saatgutmärkten, Stärkung von Patent- und Markenrechten</p> <p>Verbot oder Einschränkung des Tausches und der Verwendung von traditionellem Saatgut</p> <p>Konzentration auf wenige Hochleistungssorten, insb. Hybridsaatgut</p>	<p>Förderung des freien, nicht kommerziellen Tausches von Saatgut</p> <p>Sicherung des Rechts von Landwirten, selbst Saatgut zu generieren, zu verbreiten und weiterzuentwickeln</p> <p>Einbeziehung des Wissens von Frauen und Indigenen über Pflanzensorten</p> <p>Erhalt traditioneller Sorten und der pflanzengenetischen Vielfalt</p> <p>Regeln zur Verhinderung von Biopiraterie</p>

POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

Die Förderung von Kleinbauern und insbesondere Kleinbäuerinnen sowie die Verbreitung von agroökologischen Methoden sind die vielversprechendsten Strategien hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, die einen substanziellen Beitrag zur Reduzierung von Hunger und Armut leistet.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ein „Primat der Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft“ festgelegt. Sie will „kleinbäuerliche Betriebe zu innovativen Markakteuren in einer nachhaltig ausgerichteten Landwirtschaft“ machen und hat ferner auch die Notwendigkeit betont, Frauen und andere marginalisierte Gruppen besonders in den Blick zu nehmen.¹¹⁰ Die Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung wird als die wichtigste handlungsleitende Orientierung des deutschen Engagements im Landwirtschaftsbereich anerkannt. Gleichzeitig wird der „Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, vor allem von fruchtbaren Böden, von Ökosystemen und Artenvielfalt“ zum „obersten Gebot“ erklärt.¹¹¹ Umso unverständlicher ist es, dass das BMZ mit der Neuen Allianz, der GFP und ähnlichen Initiativen Ansätze fördert, die diesen Grundsätzen nicht gerecht werden.

Im Jahr 2011 wurden 833 Millionen Euro für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung bereitgestellt. Darin enthalten waren rund 164 Millionen Euro bilaterale Hilfe für landwirtschaftliche Projekte aus dem Haushalt des BMZ.¹¹² Im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gibt es auch vielversprechende Ansätze und einige Projekte, die marginalisierte Kleinbäuerinnen und -bauern und agroökologische Anbauverfahren fördern. Doch Anhand der öffentlich verfügbaren Informationen lässt sich derzeit nicht beurteilen, wie repräsentativ diese für die landwirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands sind.

Wichtig ist, dass die Förderung einer nachhaltigen, kleinbäuerlichen Landwirtschaft nicht nur durch einzelne Programme und Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch auf der politischen Ebene erfolgt. Derzeit sind die politischen Rahmenbedingungen auf globaler, regionaler und nationaler Ebene vor allem auf eine industrielle, großflächige Landwirtschaft zugeschnitten. Wenn sich hier substanziell etwas ändern soll, dann muss die Bundesregierung ihre Handlungsspielräume auf allen politischen Ebenen nutzen, um diese Rahmenbedingungen grundlegend zu ändern – auch gegen den Widerstand von Agrarkonzernen.

Die Bundesregierung sollte ihren Ansatz für die neuen großen öffentlich-privaten Partnerschaften (PPPs) mit multinationalen Agrarkonzernen überdenken und

- die bisherigen develoPPP.de-Projekte im Agrarbereich auf ihre soziale und ökologische Nachhaltigkeit hin evaluieren,
- die German Food Partnership beenden, da ihr entwicklungspolitischer Mehrwert nicht erkennbar ist und das industrielle Agrarmodell der Agrarkonzerne gefördert wird,
- die Neue Allianz für Ernährungssicherung entweder radikal reformieren oder sich aus ihr zurückziehen. Das heißt unter anderem:
 - es sollte eine vollständige Transparenz auf globaler und lokaler Ebene hergestellt werden. Alle Absichtserklärungen der beteiligten Unternehmen sollten veröffentlicht werden,
 - es sollten nationale Multi-Stakeholder-Plattformen eingerichtet werden, die die politischen Reformen überprüfen und die Möglichkeit haben, korrigierend einzugreifen. Eine Beteiligung von Bauern- und Frauenorganisationen und marginalisierten Gruppen muss dabei sichergestellt werden,
 - die politischen Reformen müssen insbesondere im Land-, Saatgut- und Investitionsbereich überprüft und gegebenenfalls revidiert werden. Stattdessen sollten politische Reformen identifiziert und umgesetzt werden, die die Rahmenbedingungen von Kleinbäuerinnen und -bauern verbessern,
 - die Unternehmen sollten die höchsten bestehenden Standards anwenden und die Umsetzung der Freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern zur Grundlage ihres Handelns machen.

Die Bundesregierung sollte einen Aktionsplan für die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft auf den Weg bringen, der unter anderem

- eine Identifizierung von Kleinbäuerinnen und -bauern, indigenen Volksgruppen, Landlosen sowie anderen marginalisierten Gruppen, die unter Hunger leiden, beinhaltet, denn sie müssen im Mittelpunkt einer menschenrechtsbasierten landwirtschaftlichen Entwicklungsstrategie stehen,
- eine Beteiligung von Kleinbauern- und Frauenorganisationen vor und bei der Planung neuer Projekte und Programme im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sicherstellt,
- die Einrichtung eines Kleinbauernfonds beinhaltet, bei dem Bauern- und Frauenorganisationen eine finanzielle Unterstützung für ihre institutionelle Stärkung und ihre Aktivitäten beantragen können,
- die Förderung unabhängiger, staatlicher Agrarberatungssysteme, angepasst an die Bedürfnisse von Kleinbäuerinnen und -bauern und mit Fokus auf Agrarökologie, beinhaltet,
- eine Förderung von Märkten anstrebt, die für Kleinbäuerinnen und -bauern funktionieren, z. B. Großhandelsmärkte und die lokale Weiterverarbeitung von Nahrungsmitteln,
- eine Förderung des Aufbaus von bäuerlichen Genossenschaften beinhaltet, um die Erzeugung und Vermarktung ihrer Produkte zu verbessern,
- die Umsetzung der Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern vorantreibt und die Landnutzungsrechte von Kleinbäuerinnen und -bauern schützt.

Die Bundesregierung sollte die Transparenz bei der Verwendung von Steuergeldern für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit verbessern und

- jährlich einen Bericht vorlegen, der ausführt, inwieweit Bauern- und Frauenorganisationen bei der Planung und Entwicklung neuer Projekte beteiligt wurden, inwieweit marginalisierte Kleinbäuerinnen und -bauern als Zielgruppe identifiziert wurden und inwieweit agrarökologische Anbauverfahren angewendet werden, um die Ernährungslage und die Bodenfruchtbarkeit zu verbessern und die Anpassung an den Klimawandel zu fördern,
- die Verträge und Vereinbarungen im Rahmen von PPPs mit Unternehmen offenlegen,
- offenlegen, welche Entwicklungsprojekte im Rahmen der Neuen Allianz finanziert werden.

Die Bundesregierung sollte ihren Einfluss zur Änderung der politischen Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft nutzen, damit sie weltweit darauf gerichtet sind,

- die Benachteiligung von Frauen und marginalisierten Gruppen zu beenden, z. B. durch ihren gleichberechtigten Zugang zu Land,
- die ökologische und soziale Nachhaltigkeit von Landwirtschaft sicherzustellen und Agrarökologie in der Agrarforschung und -beratung zu priorisieren, z. B. durch den Aufbau einer unabhängigen staatlichen Beratung,
- den Zugang von Kleinbäuerinnen und -bauern zu Land und ihre Kontrolle über Land und andere Ressourcen zu stärken, z. B. durch ihre Beteiligung bei der Landregistrierung und bei Landreformen,
- die Agrar-, Investitions- und Handelspolitik stärker an den Bedürfnissen von Kleinbäuerinnen und -bauern zu orientieren, z. B. durch eine Förderung des freien, nicht kommerziellen Tausches von Saatgut,
- öffentliche Güter und Dienstleistungen bereitzustellen, z. B. durch die Modernisierung von Großhandelsmärkten und die Förderung öffentlicher Lagerhaltung,
- den Einfluss von Konzernen im Welternährungssystem zu mindern und Machtkonzentrationen in Wertschöpfungsketten zu verhindern, z. B. durch ein starkes Kartellrecht und den Aufbau von alternativen Vermarktungsstrukturen.

ANMERKUNGEN

- 1 BMZ (2012): *Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft*. Entwicklungspolitisches Konzept. http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier327_03_2013.pdf, S. 10–12.
- 2 theguardian.com (2014): *Aid to Africa: private sector investment becomes new priority*. Rich countries switch focus to funding businesses to help farmers and improve food security under the New Alliance. Mark Tran, Claire Provost, Liz Ford, 18. Februar 2014, <http://www.theguardian.com/global-development/2014/feb/18/aid-africa-private-sector-investment-priority-new-alliance>.
- 3 World Economic Forum (WEF): *A New Vision for Agriculture*, <http://www.weforum.org/reports/realizing-new-vision-agriculture-roadmap-stakeholders>.
- 4 Englisch: „New Alliance for Food Security and Nutrition“.
- 5 NEPAD (2014): *Agriculture in Africa*, Januar 2014, <http://www.nepad.org/system/files/Agriculture%20in%20Africa.pdf>, S. 8.
- 6 Oxfam (2014a): *Smallholders at risk, Monoculture expansion, land, food and livelihoods in Latin America*, Oxfam Briefing Paper 180, <http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/bp180-smallholders-at-risk-land-food-latin-america-230414-en.pdf>.
- 7 Gerda Verburg (Vorsitzende des UN-Welternährungsausschusses): „Smallholders farmers need opp. Best done by public private partnerships and not one size fits all“, Tweet vom 22. Januar 2014.
- 8 Hier und im Folgenden wird eine weite Definition von PPPs verwendet, die in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geläufig ist. In anderen Bereichen wird eine engere Definition von PPPs verwendet, die sich auf bestimmte Vertragsmodelle z. B. zum Bau und zum Betrieb öffentlicher Einrichtungen bezieht.
- 9 Aussage von Friedrich Kitschelt, Staatssekretär im BMZ, anlässlich der Vorstellung der ersten vier Projekte der German Food Partnership am 5. November 2013.
- 10 WiN = WiN (2013): *13 Jahre Public Private Partnerships (PPP) in der EZ: eine Erfolgsgeschichte?* PowerPoint-Präsentation, <http://www.sid-berlin.de/files/WiN-WiN.pdf>, Folie 20.
- 11 develoPPP.de (o. J.): *Zahlen, Daten, Fakten*, <http://www.develoPPP.de/de/content/zahlen-daten-fakten>.
- 12 Deutscher Bundestag (2013): *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ute Koczy, Uwe Kekeritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*, Drucksache 17/11941, Umsetzung des Schwerpunkts ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung in der Entwicklungszusammenarbeit und die Rolle der Privatwirtschaft, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/121/1712137.pdf>, S. 5.
- 13 GIZ (o. J.): *Strategische Allianzen (develoPPP.de)*, <http://www.giz.de/Wirtschaft/de/html/1416.html>.
- 14 BMZ (2013a): *Dirk Niebel: Ländliche Entwicklung ohne Wirtschaft nicht möglich*. Pressemitteilung vom 7. Mai 2013, <http://www.bmz.de/20130507-2>.
- 15 Siehe Einladung des BMZ zum Netzwerkforum „wirtschaft. entwickelt.global“ am 14. August 2013, http://www.bvmw.de/landesverband-berlin-brandenburg/geschaeftsstellen/elbe-elster-kreis/kalenderevent/termin/event/20130814/tx_cal_phpicalendar/neue-maerkte-neue-chancen-foerder-und-kooperationsangebote-fuer-mittelstaendische-unternehmen.html.
- 16 GFP (2014): *Guide to the German Food Partnership*, veröffentlicht vom Koordinationsbüro der GFP, GIZ, im Auftrag des BMZ, http://www.germanfoodpartnership.de/fileadmin/Dateien/PDF/Guide_to_the_GFP_20140224.pdf, S. 7.
- 17 BMZ (2013b): *Dirk Niebel, Bill Gates und die deutsche Wirtschaft verstärken Kampf gegen Hunger*, Pressemitteilung vom 29. Januar 2013, <http://www.bmz.de/20130129-1>.
- 18 BASF: 5.173 Mio. Euro, Bayer: 3.189 Mio. Euro, Syngenta: 1.644 Mio. USD, AGCO: 597 Mio. USD, Daten: Jahresberichte der Unternehmen.
- 19 Der Anteil von Syngenta beträgt 23,1 Prozent, der von Bayer 17,1 Prozent und der von BASF 12,3 Prozent. ETC Group (2013): *Putting the Cartel before the Horse ...and Farm, Seeds, Soil, Peasants, etc.* September 2013, <http://www.etcgroup.org/sites/www.etcgroup.org/files/CartelBeforeHorse11Sep2013.pdf>, S. 10.
- 20 PAN Deutschland (2011): *Hochgefährliche Pestizide von BASF, Bayer und Syngenta!* http://www.pan-germany.org/download/Big3_DE.pdf.
- 21 Jeschke, Peter et al. (2011): *Overview of the Status and Global Strategy for Neonicotinoids*, in: J. Agric. Food Chem. 2011, 59, 2897–2908, <http://pubs.acs.org/doi/abs/10.1021/jf101303g>.

- 22** Die Welt (2013): *EU verbietet drei Pestizide, um Bienen zu schützen*, 29. April 2013, <http://www.welt.de/wirtschaft/article115706095/EU-verbietet-drei-Pestizide-um-Bienen-zu-schuetzen.html>, Handelsblatt (2013): *BASF-Pestizid wird zur Gefahr für Bienen*, 16. Juli 2013, <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/eu-verbot-basf-pestizid-wird-zur-gefahr-fuer-bienen/8504740.html>.
- 23** Global 2000 (2013): *80 Prozent der Neonicotinoid-Anwendungen von EU-Verbot nicht erfasst*, Pressemitteilung vom 24. Mai 2013, <https://www.global2000.at/presse/80-prozent-der-neonicotinoid-anwendungen-von-eu-verbot-nicht-erfasst>.
- 24** ETC Group (2013): *Putting the Cartel before the Horse ...and Farm, Seeds, Soil, Peasants, etc.*, op. cit.
- 25** Ibid.
- 26** ETC Group (2011): *Who Will Control the Green Economy?* ETC Group Communiqué 107, November 2011, http://www.indiaenvironmentportal.org.in/files/file/ETC_wwctge_4web_Dec2011.pdf.
- 27** Umweltinstitut München (2014): *Gentechnik. Manipuliertes Leben*, 6. überarb. Aufl., http://www.umweltinstitut.org/fileadmin/Mediapool/Druckprodukte/Gentechnik/PDF/Broschuere_Gentechnik_web.pdf, S. 19.
- 28** Tippke, Ruth und Philipp Mimkes (2013): *Gentech-Patente von Bayer, nicht nur MONSANTO*, <http://www.cbqnetwork.de/5229.html>.
- 29** Informationsdienst Gentechnik (o. J.): *Dossier Gentechnik & Glyphosat („Roundup“)*, <http://www.keine-gentechnik.de/dossiers/roundup-und-gentechnik-pflanzen.html>.
- 30** Informationsdienst Gentechnik (2014): *Neue Gifte braucht das Land*, 25. März 2014, <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/28884.html>.
- 31** BUND (o. J.): *Studien und Fakten zu den Auswirkungen von Glyphosat*, http://www.bund.net/aktiv_werden/aktionen/glyphosat_verbieten/kurzinfo/studien_und_fakten/.
- 32** BASF (2010): *Bayer CropScience und BASF Plant Science entwickeln gemeinsam ertragreicheren Reis*. Pressemitteilung vom 16. Dezember 2010, https://www.basf.com/group/corporate/de/function/conversions:/publish/content/products-and-industries/biotechnology/images/PI-Bayer_Rice.pdf.
- 33** Dumont, Philippe und Stéphane Pouzadoux (2011): *Die Bedeutung von Hybridreis*, in E+Z, 29. März 2011, <http://www.dandc.eu/de/article/die-rolle-des-hybrid-reis-von-bayer-cropscience>.
- 34** Forum Umwelt und Entwicklung (2013): *German Food Partnership. Entwicklungszusammenarbeit zum Nutzen deutscher Konzerne oder zur Bekämpfung von Hunger und Armut?* Positionspapier der AG Landwirtschaft & Ernährung, http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Landwirtschaft_Ernaehrung/pospap_gfp_v3.pdf.
- 35** „Size matters. But achieving a good scale is only possible by working with strong partners - also and indeed especially the private sector.“ GFP (2014): *Guide to the German Food Partnership*, op. cit., S. 4.
- 36** Deutscher Bundestag (2014): *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Uwe Kekeritz, Claudia Roth (Augsburg), Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Drucksache 18/456. Entwicklungspolitischer Nutzen der German Food Partnership*. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/006/1800649.pdf>, S. 9.
- 37** GFP (2014): *Guide to the German Food Partnership*, op. cit., S. 5.
- 38** IAASTD (2009a): *Weltagrарbericht, Synthesebericht*, Hrsg. Stephan Albrecht und Albert Engel, Hamburg: Hamburg University Press, <http://www.weltagrарbericht.de/fileadmin/files/weltagrарbericht/IAASTDBerichte/IAASTDSynthese-Deutsch.pdf>, S. 251.
- 39** Gen-ethisches Netzwerk (o. J.): *Hybrid-Reis auf den Philippinen*, <http://www.gen-ethisches-netzwerk.de/gid/196/hybrid-reis-philippinen>.
- 40** Brief vom BMZ an Oxfam vom 3. Dezember 2013.
- 41** NDR Panorama (2013): *Billigproduktion im Ausland: Staat fördert deutsche Firmen*, Panorama Nr.767 vom 30.05.2013, Skript, <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2013/panorama4535.pdf>, S. 3.
- 42** BMZ (2013b): *Dirk Niebel, Bill Gates und die deutsche Wirtschaft verstärken Kampf gegen Hunger*, op. cit.
- 43** Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Cote D'Ivoire, Ghana, Malawi, Mosambik, Nigeria, Tansania und Senegal.
- 44** FIAN (2014): *G8 New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa: A Critical Analysis from a Human Rights Perspective*.
- 45** USAID (2013): *More than \$3 billion in Private Sector Investment for the New Alliance for Food Security and Nutrition*. Meldung vom 8. April 2013, <http://www.usaid.gov/news-information/fact-sheets/more-3-billion-private-sector-investment-new-alliance-food-security-and>.

- 46 „I ask you to explain how you could possibly justify thinking that the food security and sovereignty of Africa could be secured through international cooperation outside of the policy frameworks formulated in an inclusive fashion with the peasants and the producers of the continent.” Letter from African Civil Society Critical of Foreign Investment in African Agriculture at G8 Summit. 15 May 2012. http://www.grain.org/bulletin_board/entries/4507-letter-from-african-civil-society-critical-of-foreign-investment-in-african-agriculture-at-g8-summit.
- 47 Oxfam (2013): *The New Alliance: A New Direction needed. Reforming the G8's public-private partnership on agriculture and food security*. <http://www.oxfam.org/en/grow/policy/new-alliance-new-direction-needed>.
- 48 Oxfam (2014a): *Smallholders at risk*, op. cit.
- 49 Hans Herren, Träger des Alternativen Nobelpreises und Ko-Präsident des Weltagrarberichts im Interview mit Benny Haerlin, In: Zukunftsstiftung Landwirtschaft (Hrsg.) (2013): *Wege aus der Hungerkrise*, http://www.weltagrarbericht.de/fileadmin/files/weltagrarbericht/Neuaufgabe/Wegeausder-Hungerkrise_klein.pdf, S. 48
- 50 FIAN (2014): *G8 New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa: A Critical Analysis from a Human Rights Perspective*, op. cit.
- 51 New Alliance for Food Security and Nutrition (2013): *2013 Progress Report, Summary*, https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/205885/New_Alliance_progress_report_May_2013.pdf, S. 3.
- 52 Oxfam (2013): *The New Alliance: A New Direction needed. Reforming the G8's public-private partnership on agriculture and food security*. Op. cit.
- 53 Action Aid (2013a): *What President Obama Should Know for His Upcoming Trip to Africa*, <http://www.actionaidusa.org/2013/06/what-president-obama-should-know-his-upcoming-trip-africa-part-2-2-part-series>.
- 54 Econexus (2013): *African Agricultural Growth Corridors and the New Alliance for Food Security and Nutrition. Who benefits, who loses?* http://www.econexus.info/sites/econexus/files/African_Agricultural_Growth_Corridors_&_New_Alliance_-_EcoNexus_June_2013.pdf.
- 55 Ibid.
- 56 Harvard Kennedy School (2012): *Mobilizing the Southern Agricultural Growth Corridor of Tanzania: A Case Study*. http://www.hks.harvard.edu/m-rcbg/CSRI/publications/report_48_SAGCOT.pdf.
- 57 Oxfam (2013): *The New Alliance: A New Direction needed. Reforming the G8's public-private partnership on agriculture and food security*, op. cit.
- 58 Deutscher Bundestag (2014): *Antwort der Bundesregierung*, op. cit.
- 59 Ministère de l'Économie et des Finances (2014): *Approche Pole de Croissance au Burkina Faso: État des lieux et perspectives*. Power Point Presentation.
- 60 Bagrèpôle (2013): *Avis à manifestation d'intérêt pour l'allocation de terres aménagées à Bagré*. Lundi 11, Mars 2013.
- 61 Oxfam (2014b): *For Whose Benefit?* Im Erscheinen.
- 62 „We are extremely concerned that ProSavana requires millions of hectares of land along the Nacala Corridor, when the local reality shows that such vast areas of land are not available and are currently used by peasants practicing shifting cultivation. [...] We vehemently condemn any initiative which aims to resettle communities and expropriate the land of peasants to give way to mega farming projects for monocrop production (soybeans, sugar cane, cotton, etc.).” UNAC (2012): *UNAC Statement on the ProSavana Programme*, 11. Oktober 2012.
- 63 Funda-Classen, Sayaka (2013): *Post-Fukushima Anatomy of Studies on ProSAVANA: Focusing on Natalia Fingermann's "Myths behind ProSAVANA"*, http://farmlandgrab.org/uploads/attachment/observador_Rural_N%C2%BA_13_ver-s%C3%A3o_inglesa.pdf.
- 64 „The G8 members, the Government of Tanzania and the private sector, confirm their intention to take account of [sic!] the Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security (“the Voluntary Guidelines”) [...], as well as the Principles of Responsible Agricultural Investment (PRAI) [...].” Diese Formulierung aus dem Kooperationsabkommen von Tansania findet sich analog auch in den Kooperationsabkommen der anderen afrikanischen Neue-Allianz-Staaten.
- 65 AGRA (2013): *The Africa Agriculture Status Report. Focus on Staple Crops*. <http://www.agra.org>.
- 66 De Schutter, Olivier (2009a): *Seed policies and the right to food: Enhancing agrobiodiversity, encouraging innovation*. Background document to the report (A/64/170), http://www.keinpatent.de/uploads/media/seed_policies.pdf.
- 67 „The provisions of UPOV 1991 [...] disregards the contribution of smallscale farmers, marginalizes their varieties, and adversely impacts on their interests and livelihoods as it, severely restricts farmers from engaging in their customary practices of freely sharing, exchanging and selling seed/propagating material.” Tanzanian Civil Society Statement on Farmers Rights. 22 March 2013. <http://www.ip-watch.org/weblog/wp-content/uploads/2013/03/UPOV-Tanzania-CSO-Statement-1.pdf>.
- 68 ETC Group (2013): *Putting the Cartel before the Horse ...and Farm, Seeds, Soil, Peasants, etc.*, op. cit.

- 69** De Schutter, Olivier (2009b): *Seed policies and the right to food: enhancing agrobiodiversity and encouraging innovation*, Report of the Special Rapporteur on the right to food, A/64/170, http://www.srfood.org/images/stories/pdf/officialreports/20091021_report-ga64_seed-policies-and-the-right-to-food_en.pdf.
- 70** Sanou, Bala W. (2014): *Action de suivi de la Nouvelle Alliance pour la Sécurité Alimentaire et la Nutrition au Burkina: Les engagements pris par les acteurs du Burkina à l'épreuve des réalités et pratiques de terrain*, Rapport final, 31. März 2014, S. 22.
- 71** Oxfam (2006): *Kicking the Habit: How the World Bank and the IMF are still addicted to attaching economic policy conditions to aid*. https://oxfam.qc.ca/sites/oxfam.qc.ca/files/2006-12-06_Kicking%20the%20Habit.pdf.
- 72** Oakland Institute (2014): *Willful Blindness. How World Bank's Country Rankings Impoverish Smallholder Farmers*, http://www.oaklandinstitute.org/sites/oaklandinstitute.org/files/OurBiz_Brief_Willful_Blindness.pdf, S. 10.
- 73** World Bank IEG (2012) *Doing Business: An Independent Evaluation. Taking the Measure of the World Bank - IFC Doing Business Indicators*. http://www.dbrpanel.org/sites/dbrpanel/files/db_evaluation.pdf.
- 74** http://www.oaklandinstitute.org/sites/oaklandinstitute.org/files/OurBiz_Brief_Willful_Blindness.pdf, S. 10.
- 75** „The instrument for encouraging private sector investment into the sector is tax exemptions. However, these tax incentives have not been effective because of other constraints such as high cost of energy and poor infrastructure.“ Ministry of Food and Agriculture (2007): *Food and Agriculture Sector Development Policy (FASDEP II)*, August 2007, <http://mofa.gov.gh/site/wp-content/uploads/2011/06/FASDEP-II-FINAL1.pdf>, S. 17.
- 76** Für weiterführende Informationen siehe <http://www.nepad-caadp.net/>.
- 77** BMZ (2014): *Die neue Afrika-Politik des BMZ – Afrika auf dem Weg vom Krisen- zum Chancenkontinent*, http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2014/maerz/140321_pm_025_Die-neue-Afrika-Politik-des-BMZ/25_Die_neue_Afrikapolitik_des_BMZ.pdf.
- 78** Vgl. dazu auch Abschnitt „Politisch nicht gewollt: echte Mitbestimmung von Anfang an“.
- 79** Vgl. Bundesregierung (2012): *Themenpapier: Aktionsplan der G8 für Ernährungssicherung*, Arbeitsübersetzung, http://m.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/G8G20/Anlagen/Fact-%20Sheet-Food-Security_deutsch.pdf?__blob=publicationFile&v=2, S. 2.
- 80** Brian Cooksey (2013): *The Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP) and agricultural policies in Tanzania: Going with or against the grain?* http://www.future-agricultures.org/pp-conference-papers/doc_download/1646-caadp-and-agricultural-policies-in-tanzania-going-with-or-against-the-grain.
- 81** Sanou, Bala W. (2014): *Action de suivi de la Nouvelle Alliance pour la Sécurité Alimentaire et la Nutrition au Burkina: Les engagements pris par les acteurs du Burkina à l'épreuve des réalités et pratiques de terrain*, op. cit.
- 82** Oxfam (2014c): *Working for the Few*. Oxfam Briefing Paper 178, 20. Januar 2014, <http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/bp-working-for-few-political-capture-economic-inequality-200114-en.pdf>.
- 83** Condon, Liam (2013): *Joining Forces to invest in Greener Revolution*. Global Forum for Food and Agriculture. 17–19 January 2013, Berlin.
- 84** Wiggerthale, Marita (2013): *Bayer, BASF und Co. kassieren Entwicklungshilfegelder – unglaublich!*, Oxfam-Blog, Welt-ernährung, 11. November 2013, <http://blog.oxfam.de/marita-wiggerthale/bayer-basf-co-kassieren-entwicklungshilfegelder-%E2%80%93-unglaublich>.
- 85** UNEP (2011): *Agriculture. Investing in natural capital*, http://www.unep.org/greeneconomy/Portals/88/documents/ger/GER_2_Agriculture.pdf.
- 86** WWF, Heinrich-Böll-Stiftung (2013): *Bodenlos. Negative Auswirkungen von Mineraldüngern in der tropischen Landwirtschaft*, http://www.boell.de/sites/default/files/wwf_mineralduenger_web_de_130620.pdf.
- 87** FAO (2009): *Women and Rural Employment. Fighting Poverty by Redefining Gender Roles*, Policy Brief 5, August 2009, <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/012/ak485e/ak485e00.pdf>.
- 88** IFAD (2013): *Smallholders, Food Security and the Environment*, Rom, www.unep.org/pdf/SmallholderReport_WEB.pdf, S. 11.
- 89** Action Aid (2013b): *Walking the talk: Why and how African governments should transform their agriculture spending*, http://www.actionaid.org/sites/files/actionaid/walking_the_talk_full_report_final.pdf, S. 9.
- 90** IAASTD (2009b): *Agriculture at a Crossroad, International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development, Global Report*, http://www.unep.org/dewa/agassessment/reports/IAASTD/EN/Agriculture%20at%20a%20Crossroads_Global%20Report%20%28English%29.pdf.
- 91** IAASTD (2009a): *Weltagrarbericht, Synthesebericht*, op. cit., S. 78.

- 92** IAASTD (2009b): *Agriculture at a Crossroad, International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development, Global Report*, op. cit., S. 222.
- 93** IAASTD (2009a): *Weltagrarbericht, Synthesebericht*, op. cit., S. 81.
- 94** IAASTD (2009b): *Agriculture at a Crossroad, International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development, Global Report*, op. cit., S. 379–380.
- 95** IAASTD (2009c): *Agriculture at a Crossroad, International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development, Synthesis Report*, http://www.unep.org/dewa/agassessment/reports/IAASTD/EN/Agriculture%20at%20a%20Crossroads_Synthesis%20Report%20%28English%29.pdf, S. 22.
- 96** Zur Vertiefung siehe Parmentier, Stéphane (2014): *Scaling-up agroecological approaches: what, why and how?* Hrsg.: Oxfam Solidarité, Januar 2014, <http://www.campaignforreal farming.org/wp-content/uploads/2014/02/201401-Scaling-up-agroecology-what-why-and-how-OxfamSol-FINAL-1.pdf>.
- 97** Songwe, Vera und Klaus Deininger (2009): *Foreign Investment in Agricultural Production: Opportunities and Challenges*, World Bank, Agricultural & Rural Development Notes, Issue 45, January 2009, <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/9501/474300BRI0ARD0Note4501PUBLIC10Box334133B.pdf?sequence=1>.
- 98** Binswanger-Mkhize, Hans P., Camille Bourguignon, und Rogier van den Brink (2009): *Introduction and Summary*, in: *Agricultural Land Redistribution. Toward Greater Consensus*, The World Bank, Washington 2009, <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/2653/488960PUB-OREPLACEMENTOF09780821376270.pdf?sequence=1>, S. 4.
- 99** Settle, William et. al. (2014): *Reducing pesticide risks to farming communities: cotton farmer field schools in Mali*, in: Phil. Trans. R. Soc. B369: 20120277, <http://rstb.royalsocietypublishing.org/content/369/1639/20120277>.
- 100** Parmentier (2014): *Scaling-up agroecological approaches: what, why and how?* op. cit., S. 34–36; vgl. auch Pretty, Jules et. al. (2006): *Resource-conserving agriculture increases yields in developing countries*, *Environ Sci & Technology* 40 (4), 1114–1119, <http://pubs.acs.org/doi/abs/10.1021/es051670d>, sowie Nemes, Noémi (2013): *Comparative analysis of organic and non-organic farming systems: a critical assessment of farm profitability*, in UNCTAD Hrsg. (2013): *Trade and Environment Review 2013*, http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/ditcted2012d3_en.pdf, S. 50–55.
- 101** De Schutter, Olivier (2010): *Report submitted by the Special Rapporteur on the right to food, Olivier De Schutter, United Nations Human Rights Council, 16th session, agenda item 3*, <http://www2.ohchr.org/english/issues/food/docs/A-HRC-16-49.pdf>, S. 1.
- 102** Ibid., S. 19.
- 103** UNCTAD (2013): *Wake Up Before It Is Too Late*. Trade and Environment Review 2013. http://unctad.org/en/Publications-Library/ditcted2012d3_en.pdf.
- 104** De Schutter, Olivier (2011): *The New Green Revolution: How Twenty-First-Century Science Can Feed the World*, <http://www.thesolutionsjournal.com/print/971>.
- 105** IFAD (2013): *Smallholders, food security, and the environment*, op. cit., S. 34.
- 106** Zaï ist ein Wort der Mòoré-Sprache, die in Burkina Faso verbreitet ist. Es geht auf den Begriff *zaiégré* zurück, der soviel bedeutet wie „früh aufstehen und sich beeilen, um das Land zu bestellen“. Siehe dazu Roose, Eric; V. Kabore und C. Guenat (1995): *Le zaï, une technique traditionnelle africaine de réhabilitation des terres dégradées de la région soudano-sahélienne (Burkina-Faso)*. In: *L'homme peut-il refaire ce qu'il a défait?*, Montrouge: J. Libbey Eurotext, 1995, S. 249–265, S. 254.
- 107** Sawadogo, Hamado (2011): *Using soil and water conservation techniques to rehabilitate degraded lands in northwestern Burkina Faso*, *International Journal of Agricultural Sustainability*, 9:1, 120–128, <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.3763/ijas.2010.0552#.U2PXvMeOLcM>. Auch Oxfam Deutschland fördert Zaï im Rahmen seiner Projektarbeit, siehe dazu <http://www.oxfam.de/projekte/burkina-faso-integrierter-ansatz-gegen-hunger>.
- 108** Castillo, Gina E., Minh Nguyet Le und Kimberley Pfeiffer (2012): *Oxfam America: Learning from the System of Rice Intensification in Northern Vietnam*, Hrsg. IFPRI, Focus 9, Brief 15, Juni 2012, http://www.ifpri.org/sites/default/files/publications/focus19_15.pdf.
- 109** Africare, Oxfam, WWF (2010): *More Rice for People. More Water for the Planet. System of Rice Intensification*. http://www.sri-india.net/documents/More_Water_For_The_Planet.pdf.
- 110** BMZ (2012): *Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft*, op. cit., S. 12.
- 111** Ibid. S. 10.
- 112** BMZ (2013c): *Umsetzung der L'Aquila Food Security Initiative (AFSI) in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit*. Berichtsjahr 2011, Januar 2013.

IHRE SPENDE FÜR UNSERE KAMPAGNENARBEIT



© Simon Rawles

So darf es nicht weitergehen! Die Förderung von mächtigen Agrarkonzernen durch die Bundesregierung muss gestoppt werden. Sie drängt Kleinbäuerinnen und -bauern ins Abseits und schadet der Umwelt. Stattdessen muss die nachhaltige, kleinbäuerliche Landwirtschaft in Ländern des globalen Südens stärker gefördert werden.

KEINE ENTWICKLUNGSHILFE FÜR AGRARKONZERNE!

Unterstützen Sie diese und andere wichtige Kampagnen mit Ihrer Spende!

Mit Publikationen wie dieser, Unterschriften- und Protestaktionen und politischer Arbeit üben wir Druck auf die Bundesregierung aus, um einen Kurswechsel herbeizuführen. Für diese unabhängige, fundierte und kritische Kampagnenarbeit sind wir auf Ihre Spende angewiesen. Jeder Beitrag hilft.

Bitte spenden Sie an:

Oxfam Deutschland e.V.

Spendenkonto: 80 90 500

BLZ 370 205 00, Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE87370205000008090500

BIC: BFSWDE33XXX

Stichwort: KAMPAGNEN

VIELEN DANK!

**SIE WOLLEN SELBST
AKTIV WERDEN?**

Oxfam ist Teil des
Kampagnenbündnisses

KEINE
ENTWICKLUNGSHILFE
FÜR AGRARKONZERNE!

Mehr Informationen und
Mitmachmöglichkeiten
unter

www.oxfam.de/agrarkonzerne



OXFAM
Deutschland